

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Geschäftsleiter:**  
**Erich Klingerhans, Berlin.**  
**Telefon: Karl Stern 4135/4136**



**Redaktion für Berlin und Umgebung:**  
**Berlin 63 61, Zeil.-Hof, Platz 6**  
**Telefon: Capellen**

**Die Zeitung wird im Selbstverlag.**  
**Der Abdruck ist nur auf Grund eigener Verantwortung möglich. Abdruck ist nicht zu fordern.**  
**Der Preis beträgt 10 Pfennig.**

**Berlin, den 14. Okt. 1932.**

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

**Verschleppungsmanöver!**

**Das sozialdemokratische Volksbegehren immer noch nicht zugelassen.**

SPD. Am 12. September, unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags, hat die Sozialdemokratie ein Volksbegehren über die "Sozialpolitischen Massnahmen" der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 beantragt. Sie hat, wie es die Verfassung und das Gesetz über den Volksentscheid verlangen, einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf beim Reichsminister des Innern eingereicht.

Damals sind, wie erinnerlich, von den Kommunisten die schwersten Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet worden. Ihr Vorgehen wurde als Manöver für Papen, als ein infamer Betrug usw. bezeichnet und es hiess in der kommunistischen Presse wörtlich: "Herr von Papen und die Unternehmer werden sich diesen Volksentscheid gern gefallen lassen." Der wilde Hass der Moskowits gegen die Sozialdemokratie hatte sie wieder einmal blind gemacht. Sie höhnten darüber, dass das Volksbegehren sich nur auf einen Teil der Notverordnung beschränken solle und liessen gänzlich ausser Acht, dass die übrigen Abschnitte dem Volksentscheid durch jene Bestimmungen der Verfassung entzogen sind, nach denen über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen kann.

Wie töricht, ja man kann sagen wie blödsinnig die Unterstellung gewesen ist, die Sozialdemokratische Partei habe im Interesse der derzeitigen Regierung gehandelt und ihr geradezu einen Gefallen erwiesen, muss sich auch für der blindwütigsten Kommunisten aus der Tatsache ergeben, dass heute, d.h. also nach mehr als einem Monat, von der Regierung bzw. dem Reichsministerium des Innern die Zulassung des beantragten Begehrens noch nicht ausgesprochen worden ist. Die amtlichen Stellen sind immer noch dabei, die verfassungsmässigen und gesetzlichen Voraussetzungen zu prüfen. Auch ein an den Herrn von Gayl in den ersten Tagen des Oktober gerichtetes Ersuchen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, diese Prüfung zu beschleunigen, ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Worauf die Reichsregierung hinauswill ist klar. Sie möchte den Standpunkt einnehmen, dass der sozialdemokratische Antrag trotz seiner Beschränkung auf die sozialpolitischen Massnahmen der erwähnten Verfassungsbestimmung entgegenstehe, und dass also auch im vorliegenden Falle nur der Reichspräsident die Initiative zu einem Volksentscheid ergreifen kann. Ueber diesen Absatz des Artikels 73 der Weimarer Verfassung ist nicht nur von Staatsrechtslehrern, sondern ist auch im Rechtsausschuss des Reichstags schon lebhaft diskutiert worden, und Anlass dazu bot vor allem ein Antrag auf Volksbegehren über die Aufwertung. Damals hat sich das Reichsministerium des Innern unter dem deutschen nationalen Herrn von Kuehnelt die Auffassung zu eigen gemacht, dass die einschränkende Verfassungsbestimmung "weit ausgelegt" werden müsse, mit anderen Worten, dass ein die Finanzen des Reichs berührendes Begehren nicht zugelassen werden könne. Der Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion im Rechtsaus-

Worauf die Reichsregierung hinauswill ist klar. Sie möchte den Standpunkt einnehmen, dass der sozialdemokratische Antrag trotz seiner Beschränkung auf die sozialpolitischen Massnahmen der erwähnten Verfassungsbestimmung entgegenstehe, und dass also auch im vorliegenden Falle nur der Reichspräsident die Initiative zu einer Volksentscheid ergreifen kann. Ueber diesen Absatz des Artikels 73 der Weimarer Verfassung ist nicht nur von Staatsrechtslehrern, sondern ist auch im Rechtsausschuss des Reichstags schon lebhaft diskutiert worden, und Anlass dazu bot vor allem ein Antrag auf Volksbegehren über die Aufwertung. Damals hat sich das Reichministerium des Innern unter dem deutschen nationalen Herrn von Keudell die Auffassung zu eigen gemacht, dass die einschränkende Verfassungsbestimmung "weit ausgelegt" werden müsse, mit anderen Worten, dass ein die Finanzen des Reichs berührendes Begehren nicht zugelassen werden könne. Der Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion im Rechtsaus-

schluss ist dieser Interpretation entschieden entgegengetreten: die Bestimmung der Verfassung könne und dürfe nicht dahin ausgelegt werden, dass jedes Gesetz, das den Haushaltsplan irgendwie mehr oder weniger erheblich beeinflusse, ausgeschlossen werden müsse.

Wie liegen nun die Dinge bei den "sozialpolitischen Massnahmen" der Verordnung vom 4. September? Hier wird der Regierung die schon an und für sich verfassungsrechtlich mehr als zweifelhafte Ermächtigung erteilt, von sich aus Vorschriften zur Änderung der Versicherungsgesetze und der Arbeitsverfassung zu erlassen, und eben auf Grund dieser Ermächtigung ist dann am 5. September die verhängnisvolle Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit ergangen. Vielleicht wird sich das Reichsministerium des Innern darauf berufen wollen, dass die Ermächtigung, wie es im Texte heisst, gegen sei "zur Erhaltung der sozialen Fürsorge" (welche Ironie!) und "zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen". Ganz ohne Rücksicht aber auf die grundsätzliche Erwägung, nach der eine Nichtzulassung von Anträgen auf Volksbegehren nicht deshalb ausgesprochen werden kann, weil die Anträge irgendwie die Finanzen des Reiches beeinflussen, ist auf die Gefahr hinzuweisen, dass sich durch irgendeine Wendung über finanzielle Rückwirkungen in Zukunft jede Verordnung gegen ein Volksbegehren hieb- und stichfest machen liesse. Jedenfalls kann es keinem Zweifel unterliegen - und die Bestimmungen über die Lohnkürzungen bezeugen es - dass für die sogenannten sozialpolitischen Massnahmen nicht finanzielle Ueberlegungen in erster Linie massgebend gewesen sind, sondern Rücksichten auf das, was die Regierung die Wirtschaft nennt und was sich richtiger unter dem Begriff des kapitalistischen Unternehmertums zusammenfassen lässt.

Eine Verweigerung der Zulassung des sozialdemokratischen Volksbegehrens würde also, wie wir ausdrücklich feststellen, weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinn der Verfassung zu vereinbaren sein. Auf alle Fälle aber muss es sehr sonderbar berühren, dass die Regierung eine so lange Zeit gebraucht, um zu einer Entscheidung zu kommen. Der Tatbestand ist einfach und klar, doch selbst wenn man ihn verdunkeln will und wenn man sich bemüht, Zusammenhänge zu konstruieren, die in Wirklichkeit nicht bestehen, so müsste man schon längst zu einem Ergebnis gelangt sein. Niemals ist zwischen dem Termin eines Antrages auf ein Volksbegehren und der Entscheidung über seine Zulassung eine so lange Frist verstrichen, und wir erinnern beispielsweise daran, dass das berühmte Stahlhelmbegehren auf ein "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" von dem Minister Severing zwei Tage nachdem es beantragt worden war, zugelassen wurde.

Wir haben unter diesen Umständen das Recht, von Verschleppungsabsichten der Regierung zu sprechen. Die Vermutung liegt nahe, dass sie die Zulassung verweigern will, dass sie aber andererseits aus wahltaktischen Gründen die Ablehnung, über deren Wirkung sie sich klar ist, nicht vor dem 6. November aussprechen möchte. Gewiss kann sie sich formal auf das Fehlen einer Fristfestsetzung im Gesetz stützen. Doch für eine solche Ausrede werden die Arbeiter, um deren Interessen es geht, kein Verständnis besitzen. Sie werden die Verschleppung des Bescheides als Ablehnung auslegen und daraus bei der Wahl die Schlussfolgerung ziehen.

Rudolf Breitscheid.

SPD. Das Berliner Naziblatt berichtet am Freitag in fetten Lettern über einen "Wahlsieg in Schlesien" folgendes:

"In der früheren roten Hochburg Steingrund, Kreis Waldenburg (Schlesien), fanden die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Die Nationalsozialisten konnten ihre Stimmenzahl gegenüber den letzten Reichstagswahlen noch vergrössern Es erhielten: NSDAP. 293 Stimmen (267), SPD 132 Stimmen (142). Die NSDAP erhielt also fast 66 Prozent aller abgegebenen Stimmen."

Was ist die Wahrheit? In Steingrund standen sich zwei Listen gegenüber, die sozialdemokratische und die bürgerliche. D diesem Bürgerblock hatten sich die Nazis angeschlossen. Bei der letzten Reichstagswahl musterten die Hitleristen 267 Stimmen. Jetzt haben sie zusammen mit den Hugenbergern 293 Stimmen erhalten gegen 315 am 31. Juli. So wird aus einer gemeinsamen Niederlage der Harzburger ein alleiniger Sieg der Nazis und so bekämpft in Wahrheit die "Arbeiterpartei" des Herrn Hitler die Barone und "feinen Leute" des Herrn Hugenberg.

-----

SPD. Köslin, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Freitag-Vormittag wurde auf den Chefredakteur der deutschnationalen "Kösliner Zeitung" Marwede ein Ueberfall von Nationalsozialisten verübt. Der Nazi-Kreisleiter Binder drang mit zwei Nazis in die Redaktionsräume des deutschnationalen Blattes ein und schlug auf den deutschnationalen Chefredakteur derart ein, dass Marwede mehrere stark blutende Gesichtsverletzungen davontrug, die zum Teil genäht werden mussten. Ferner wurde die Brille und die Uhr des Ueberfallenen zertrümmert. Mit Hilfe des herbeigerufenen Lokalredakteurs, dem ebenfalls die Brille zerschlagen wurde, gelang es Marwede schliesslich, die Nazis an die frische Luft zu befördern.

Nachmittags fand dieser Ueberfall vor dem Kösliner Schnellgericht bereits seine gerichtliche Sühne. Der Nazi-Kreisleiter Binder wurde wegen seiner "Heldentat" zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Zu seiner Verteidigung führte er an, dass Marwede einen Artikel des nationalen Jugend-Pressedienstes veröffentlicht habe, in dem die Vorkommnisse auf dem Potsdamer Reichsjugendtreffen der Hitler-Jugend kritisch beleuchtet wurden.

-----

SPD. Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags, der die Beziehungen der Preussenkasse zur Domänenbank untersuchen soll, hielt am Freitag eine Sitzung ab, die der deutschnationale Vorsitzende gegen den Beschluss des Ausschusses einberufen hatte, weil seiner Meinung nach das vom Berichterstatter vorzutragende Material so wichtig wäre, dass keine Zeit mehr verloren werden dürfe, um es der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Damit war der parteipolitische Gesichtspunkt dieses Untersuchungsausschusses genügend dargelegt. Der deutschnationale Berichterstatter Steuer hielt eine Rede, die sich auf die Informationen aus dem preussischen Finanzministerium stützte. Anscheinend hat man im Finanzministerium den deutschnationalen Antrag auf Untersuchung der Geschäfte der Preussenkasse als einen Befehl aufgefasst und Vernehmungen, die eigentlich der Ausschuss vorzunehmen hat vorgenommen, um sie den deutschnationalen Anklägern auszuhändigen.

Der Berichterstatter trug das ihm übergebene Material vor, wonach angeblich die Preussenkasse für politische Zwecke Geld hergegeben habe und zwar unter Ueberleitung auf verschiedene andere Banken. Präsident Klepper habe dies Zuwendungen aus einem Sonderkonto gemacht. Staatssekretär Dr. Abegg seien Darlehen übergeben worden, von denen aber der Berichterstatter zugeben musste, dass sie wieder zurückgezahlt sind. Die Stadt Köln habe über eine Bank 12 Millionen RM. Darlehen erhalten, und schliesslich sei der "Kölnischen Volkszeitung" über andere Banken ein Betrag von 2 330 000 Mark zugewendet worden. Der Berichterstatter, der dem Ausschuss nur die Tatsachen vorzutragen hatte, erläuterte sich bereits das Urteil vorwegzunehmen und von Schiebungen, strafbaren Handlungen und ähnlichem zu reden. Den Nationalsozialisten gab das Veranlassung zu dem Antrag, den Bericht des Berichterstatters an die Staatsanwaltschaft zu senden, damit die Staatsanwaltschaft Verhaftungen vornehmen soll, um einer Verdunkelungsgefahr, Kollisionsgefahr und einer Flucht der "Angeklagten" vorzubeugen.

Der Ausschuss, der diesen Antrag mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten annahm, macht sich mit diesem Beschluss geradezu lächerlich. Schliesslich ist der Bericht des deutschnationalen Berichterstatters noch lange kein Beweis, und für die Beurteilung darüber, ob strafbare Handlungen vorgenommen worden sind, ist die parteiliche Verhetzung, die vor den Wahlen betrieben wird, wirklich nicht die richtige Triebfeder. Die Sozialdemokratie kann dieser Untersuchung jedenfalls mit völliger Ruhe entgegensehen.

---

SPD. Bukarest, 14. Oktober (Eig. Bericht)

In Rumänien weht wieder einmal Krisenluft. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die nationalzaristische Regierung Vaida-Voevod, die erst vor drei Monaten das Kabinett der Königsmänner Jorga-Argeanu abgelöst hat, kaum die nächsten Wochen überleben. Dem auf sie eindringenden Ansturm denkbar ungünstiger Umstände und vor allem der finanziellen Schwierigkeiten, denen auch Jorga zum Opfer gefallen ist, würde selbst eine Regierung, die aus festerem Holz geschnitzt wäre, kaum gewachsen sein. Die Staatskasse ist nach kurzer Liquidität wieder vollkommen leer. Das Budgetdefizit ist trotz der bisher durchgeführten drakonischen Sparmassnahmen weiter im Wachsen begriffen. Der Fehlbetrag hat bereits über sieben Milliarden Lei erreicht und dürfte bis Ende des Jahres gegen elf Milliarden betragen. Die Auszahlung der Beamtengehälter und Pensionen ist wie unter der früheren Regierung wieder mehrere Monate im Rückstande. Alle Hoffnungen, die auf die Mitwirkung des Völkerbundes bei der Reorganisierung der staatlichen Finanzwirtschaft gesetzt worden waren, sind durch den Abbruch der Verhandlungen mit dem Finanzkomitee in Genf vernichtet worden. Die direkt mit den ausländischen Gläubigern geführten Verhandlungen über eine Erleichterung der würgenden Auslandsverpflichtungen scheinen bisher auch zu keinem Ergebnis geführt zu haben.

Zu diesen finanziellen Schwierigkeiten haben sich in letzter Zeit solche innen- und aussenpolitischer Natur gesellt. Um die Frage der Entschuldung der Landwirtschaft kam es innerhalb der nationalzaristischen Partei zu einem tiefgehenden Konflikt, der nicht überbrückt werden konnte und zum Austritt der Gruppe des früheren Finanzminister und zweiten Parteivorsitzenden Junian führte. Wohl der schwerste Stoss wurde der Regierung durch den Londoner Gesandten Titulescu versetzt. Dieser ebenso fähige wie ehrsüchtige Diplomat und aussenpolitische Matador sämtlicher rumänischen Regierungen, der offen gegen das Kabinett Vaida-Voevod rebellierte, weil es über seinen Kopf hinweg direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluss eines Nichtangriffspaktes geführt hatte, hat zwar nach aussen hin durch die Uebernahme des ihm von dem kopflos gewordenen Ministerpräsidenten angetragenen Postens des Aussenministers das Kriegsbeil begraben. In Wirklichkeit jedoch wird der Zweikampf Vaida-Titulescu nunmehr erst ausgetragen werden. Gereizte Presseerklärungen des Ministerpräsidenten lassen erkennen, dass dieser Kampf hart auf hart gehen wird. Wer der Sieger sein wird, ist unschwer abzusehen. Selbst nationalzaristische Kreise geben dem Kabinett Vaida nur noch eine kurze Lebensdauer und rechnen mit einem nahen Regimewechsel. Die nationalistische Opposition triumphiert bereits und verlangt eine Regierung der starken Faust. Wen der stets tatenfrohe und unberechenbare König Carol nach dem Rücktritt der jetzigen Regierung zur Macht berufen wird, weiss er wohl heute selbst noch nicht. Die Blätter geben einem Kabinett Titulescu die meisten Chancen, doch es ist eine grosse Frage, ob dieser gerissene und mit allen Balkanwässern gewaschene Diplomat bereit sein wird, seine in Rumänien immerhin grosse Popularität zu opfern und die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

---

SPD. Weimar, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der bisherige Geschäftsführer der agrarpolitischen Abteilung der Nationalsozialisten im Gau Thüringen Dr. Ennker ist aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten. Ennker hatte u.a. die verantwortliche Schriftleitung der Beilage "Der Landwirt" des in Weimar erscheinenden "Nationalsozialist".

Der Austritt erfolgte, wie Ennker in dem hiesigen deutschnationalen Blatt ausführlich schildert, wegen der Demagogie der Nazi-Partei. Vor ihrem Regierungsantritt haben die Nationalsozialisten das von der früheren Regierung erlassene Milchgesetz scharf bekämpft. Jetzt sitzen sie in der Regierung, aber sie denken garnicht daran, ihre Versprechungen wahr zu machen. Als sich Ennker dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung gegen die Nazi-Demagogie wandte, indem er die Aufhebung des Gesetzes forderte, antwortete der Nazi-Volksbildungsminister mit seiner Amentshebung. Ennker schreibt darüber wörtlich: "Ich musste noch am gleichen Tage die Akten abgeben und auch das Zimmer räumen. Der Geschäftsführer der Nazi-Gauleitung wollte mir nicht einmal Zeit lassen, meine eigenen Schriften und Sachen herauszunehmen. Ich musste ihn erst auf den nationalsozialistischen Grundsatz der Achtung vor dem Eigentum aufmerksam machen."

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich dieser Tage an das Reichsministerium des Innern gewandt, um eine Aufhebung oder Lockerung des Verbots für Versammlungen unter freiem Himmel zu erreichen. Der Reichsminister des Innern hat nun in einem Schreiben vom 13. Oktober mitgeteilt, dass er sich nicht in der Lage sehe, der Anregung zu entsprechen, "da die Voraussetzungen für eine derartige Massnahme noch nicht erfüllt sind".

Dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei war mitgeteilt worden, dass zwischender Reichsregierung und dem Stahlhelm Verhandlungen über eine allgemeine Gefallenen-Ehrung am 1. und 2. November im Gange wären, die also vier Tage vor der Wahl, anstelle des sonst üblichen Totensonntags, dem 20. November, stattfinden sollte. Dabei sei beabsichtigt, für den 1. und 2. November einen allgemeinen Burgfrieden anzuordnen, sodass die übrigen Parteien gegenüber dem Stahlhelm, der die Gefallenen-Ehrung natürlich zu parteipolitischen Zwecken ausgestalten würde, benachteiligt würden. Der Reichsminister des Innern teilt auf eine dahingehende Anfrage lediglich mit, dass der Erllass eines allgemeinen Burgfriedens für den 1. und 2. November nicht beabsichtigt sei. Auf die Mitteilung, dass Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Stahlhelm stattgefunden haben, antwortet er nicht.

SPD. Leipzig, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Staatsgerichtshof tagt weiter und die periodischen Erörterungen plätschern in eintöniger Gemütlichkeit dahin, als ob es nicht einen 20. Juli und eine Papen-Rede in München gegeben hätte. Man spricht vergeblich viel, um von dem Kern der Dinge abzulenken und in Vergessenheit geraten zu lassen, dass am 20. Juli die verfassungsmässige Regierung des Landes Preussen wider Recht und Gesetz aus ihrem Amt entfernt worden ist, und dass eine "Regierung" der Kommissare des Herrenklubs seitdem usurpatorisch die Staatsgewalt in Preussen ausübt.

Der Staatsgerichtshof soll die ganz einfache Frage prüfen, ob die gewaltsame Entfernung der Minister Preussens mit der Verfassung in Einklang stehe oder ihr widerspreche. Um solche Entscheidung vorzubereiten, wird erörtert etwa nach dem Muster: 1. Was ist Verfassung; 2. warum ist Verfassung Verfassung? usw. Das Spiel kann ins Endlose fortgesetzt werden.

Am Freitag begann die Verhandlung mit einer einschläfernden Prozedur. Der Rechtshelfer der Kommissare, Professor Schmitt-Berlin redete eine lange

und breite Betrachtung über die Möglichkeiten der Diktaturgewalt, die sich bei Anwendung des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung ergeben. Für Studierende und solche, die es werden wollen, ein abschreckendes Beispiel der Buchstabengelehrtheit. Schmitt kam zu dem Ergebnis, dass die Massnahmen des Reichskommissars nach dem 20. Juli ein Minimum dessen darstellten, was notwendig sei, um die Autorität des Reiches durchzusetzen. Nach dieser langen und keineswegs kurzweiligen Erzählung Schmitts stellte Ministerialdirektor Brecht die Dinge mit ein paar knappen Worten wieder auf die Füße. Er wies nach, dass die Diktaturgewalt nach Art. 48 Abs. 2 schon gewisse logische Grenzen finde. Eine Verordnung könne z.B. nicht eine Verordnung in ein Gesetz umwandeln, könne nicht aus einem Land ein Reich machen. Ausser diesen allgemein logischen Grenzen aber beständen nach fast übereinstimmender Meinung der Wissenschaft für die Diktaturgewalt noch Gesetzesgrenzen, die nicht überschritten werden dürften. Alle Gelehrte seien z.B. darüber einig, dass der Reichspräsident nicht das Recht habe, den Staatsgerichtshof abzusetzen. Es stelle sich immer mehr heraus, dass auf seiten der Länder die ganze herrschende Lehre der Wissenschaft stehe, während bei der Reichsregierung tatsächlich nur die Bank der Aussenseiter sei.

Am Schluss seiner Ausführungen gab Ministerialdirektor Brecht eine ausführlich formulierte Antwort auf die vom Vorsitzenden gestellte "hypothetische Examensfrage". In dieser Antwort heisst es wörtlich:

1. Einem nach Artikel 48 Absatz 2 gestellten Reichskommissar kann die vollziehende Gewalt übertragen werden. Er kann daher - von gewissen unübertragbaren Angelegenheiten abgesehen - sachliche Anordnungen an die Beamten und selbst an die Minister im Rahmen seiner Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen, erlassen. Anordnungen, die nicht dieser Aufgabe, sondern anderen Zwecken dienen, kann er nicht erlassen.

2. Der Reichskommissar kann Instruktionen an die Vertreter Preussens oder eines anderen Landes im Reichsrat nicht erteilen. Er hat dieses Recht in Anspruch genommen, sogar in Angelegenheiten, die - wie z.B. das Scheckgesetz - und bisher sämtliche Reichsratssachen seit dem Juli - nichts mit der Wiederherstellung der verfassungsmässigen Ordnung und Sicherheit zu tun haben. Ob ein Reichskommissar unter besonderen Umständen in einer bestimmten, die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Ordnung betreffenden Reichsratssache den Ministern Anordnungen über ihre Instruktionserteilung geben kann, steht hier nicht zur Entscheidung.

3. Wenn es zur Zusammenarbeit zwischen dem Reichskommissar und den sechs Ministern gekommen wäre, hätte die Zusammenarbeit nichts daran ändern können, dass Instruktionen für den Reichsrat und die Ernennung neuer Bevollmächtigter für den Reichsrat rechtlich nur von den Ministern und ihren Stellvertretern ausgehen konnten. Zu prüfen wäre in diesem Falle gewesen, ob an Stelle des durch Krankheit oder freiwilligen Urlaubs oder auch unfreiwilligen mit Recht oder Unrecht behinderten Ministerpräsidenten der vertretende Minister dabei die Führung unter den Ministern hinsichtlich der Richtlinien der Politik gehabt hätte. Auch in diesem Falle hätte der Reichskommissar selbst rechtlich Instruktionen nicht erteilen können. Praktisch würde sich eine solche Zusammenarbeit möglicherweise freiwillig ohne Rücksicht auf diese rechtlichen Grenzen gestaltet haben.

4. Die Minister Preussens können im Reichsrat nicht die von den preussischen Provinzialverwaltungen gestellten Bevollmächtigten gegeneinander stimmen sondern nur einheitlich die Stimme des Landes Preussen abgeben.

In einer sprudelnd lebendigen und geistvollen Polemik wandte sich dann der Münchener Staatsrechtlicher Nawlawski gegen die Kronjuristerei der Papen-Regierung. Wenn von dieser Regierung gesagt werde, die Einsetzung des Reichskommissars, der Minister absetzt, sei die "mildeste Form" der Diktatur, so müsse Bayern diese Auffassung ablehnen. Aber das sei keine bayerische Spezialität, sondern süddeutsche Allgemeingesinnung. Die Süddeutschen würden hier in ihrem sehr stark entwickelten Rechtsempfinden getroffen. Aus dem Grunde

stehen sie zur preussischen Regierung, mit der sie sonst nichts zu tun haben. Es ist ihnen klar, dass nach der Auffassung der Kronjuristen mit Hilfe des Artikels 48 Absatz 2 auch der Staatsgerichtshof selbst beseitigt werden könne. Der Reichspräsident brauche dabei nicht verordnen: Der Staatsgerichtshof wird beseitigt, sondern er brauche nur einem Reichskommissar die Ermächtigung zu geben, jede von ihm für notwendig gehaltene Massnahme zu treffen, und wenn dann der Reichskommissar für einen bestimmten Prozess den Staatsgerichtshof ausschaltet, so würde solche Massnahme nicht die Verordnung des Reichspräsidenten durch den Reichstag aufgehoben werden können, sondern würde als Verwaltungsakt angesehen werden, der unanfechtbar sei. Der Staatsgerichtshof würde daher bei diesem Verfassungskstreit berücksichtigen müssen, dass er selbst als Verfassungsinstitution aufgehoben werden könne, wenn nicht die neuesten Versuche zur Ausdehnung der Diktaturtheorien durch klare Entscheidung eingedämmt würden.

-----

SPD. Die bewährten Macher von Schmutz- und Verleumdungsfeldzügen in der Deutschnationalen Partei haben eine Stinkbombe geladen und geworfen. Diese Stinkbombe richtet sich gegen die rechtmässig preussische Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer, parteipolitisch gesehen aber vor allem gegen Zentrum und Staatspartei.

Der Dreh, der zu dieser Stinkbombe benutzt worden ist, besteht darin, dass reguläre Handlungen der preussischen Regierung und gewisse Geschäfte der Preussenkasse mit der grössten Unverfrorenheit als korruptive, ja, direkt als kriminelle Handlungen hingestellt werden und dass diese Methode der Verleumdung unterstützt wird durch das Affentheater eines Antrags, den Finanzminister Klepper zu verhaften. Für diesen Antrag hat sich im Landtagsausschuss eine Mehrheit aus Deutschnationalen, Nazis und Kommunisten gefunden. Selbstverständlich stellt dieser Antrag eine absolute Ueberschreitung der Befugnisse des Ausschusses zur Inszenierung eines verlogenen Wahlschwinds dar. Aber das ist so klar, dass man sich darüber nicht weiter aufzuhalten braucht.

Die deutschnationalen Fabrikanten der Stinkbombe haben es sich im übrigen einfach gemacht. Sie haben befohlen, und gehorsam hat das Finanzministerium unter kommissarischer Führung eine sogenannte Untersuchung eingeleitet, das heisst, man hat Beamte unter Druck gesetzt und ausgehört und daraufhin einen Bericht zusammengestellt, den der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses ohne weiteres als absolute Wahrheit hinstellt. Feiner Untersuchungsausschuss, der von anderen eine Untersuchung anstellen lässt, die absolut unkontrollierbar ist, und sie dann sofort in der Öffentlichkeit plakatiert. Das ist eine Form der öffentlichen Verleumdung unter Missbrauch des Parlaments.

Wenn die deutschnationalen Stinkbombenfabrikanten das Ergebnis dieser famosen Untersuchung des Finanzministeriums für so ausserordentlich sensationell und belastend für den Finanzminister Klepper ansehen, dass sie die Akten der Staatsanwaltschaft zuleiten wollen, so kann man nur fragen: Warum hat dies das Finanzministerium nicht von sich aus getan? Wenn die deutschnationalen Skandalmacher Recht hätten, dann hätte sich das Finanzministerium damit ja geradezu der Begünstigung schuldig gemacht!

Aber so ernsthaft und juristisch darf man dies Affentheater gar nicht ansehen. Es handelt sich um einen dreisten Wahlschwindel zugunsten der Deutschnationalen, die im Wahlkampf mit ihren wirklichen reaktionären Zielen nicht aufzutreten wagen. Und siehe da! Bei diesem Wahlschwindel, der sich, parteipolitisch gesehen, in erster Linie gegen das Zentrum richtet, haben die Deutschnationalen Bundesgenossen gefunden, ausgerechnet bei den Nationalsozialisten, die sich bisher in Preussen als neue Bundesgenossen des Zentrums aufgespielt hatten. Die feindlichen Brüder von Harzburg, die sich mit Stuhlbeinen verprügeln und mit Messerstichen und Pistolenschüssen bedenken, haben sich hier

zu einem gemeinsamen Stinkangriff gefunden. Der Berichterstatter des Anschusses, der moralische Entrüstung markierte, als er die sogenannten Enthüllungenvortrag, war ausgerechnet der Deutschnationale Lothar Steuer! Erst vor kurzem haben ihn die Nationalsozialisten einen dreckigen Judenjungen genannt, aber jetzt sind sie ein Herz und eine Seele mit ihm, wenn es gilt, eine übel duftenden Gasangriff abzublasen. Doch wenn wir im Schmutz uns fanden, dann verstanden wir uns gleich!

Soweit in diesen sogenannten Enthüllungen der Preussenregierung vorgeworfen wird, dass sie auf die öffentliche Meinung Einfluss genommen habe, so können wir nur unser Bedauern aussprechen, dass nicht noch viel stärker dafür gesorgt worden ist, dass die für das Volk segensreichen Tatender Preussenregierung dem Volke auch zum Bewusstsein gebracht worden sind! Das Kabinett der Barone ist in dieser Hinsicht weit weniger zurückhaltend. Allein der partei-politische Missbrauch des Rundfunks stellt alles in den Schatten, was auf dem Gebiete der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung vor dem Kabinett der Barone dagewesen ist.

Im übrigen: Es ist noch nicht lange her, dass Herr Göring von der subventionierten Regierungspresse gesprochen hat. Damit meinte er eine Presse, die deutschnationale Politik betreibt. Erst vor kurzem hat die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" eine ausserordentliche Zuwendung erhalten und hat zur gleichen Zeit ihren Kurs von den Nazis weg und zum Kabinett der Barone hingedreht. Wie steht es im übrigen mit den Reichsbahnabonnements der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" ?

Die deutschnationalen, nationalsozialistischen Stinktöpfe werden in der Öffentlichkeit nicht den mindesten Eindruck machen. Die Fabrikanten sind hinlänglich bekannt, die Methode ebenso und die Glaubwürdigkeit erst recht!

-----

SPD. Braunschweig, 14. Okt. (Eig. Drantb.)

Der Fememord an dem Nationalsozialisten Wilhelm Campe aus Salzwedel konnte sehr schnell aufgeklärt werden. Campe wurde aus einem Auto gestossen und dann durch sieben Schüsse getötet; vier haben die Brust, zwei den Kopf und einer den Hals getroffen. Als Mörder wird der flüchtige Kellner Walter Kaune gesucht. Kaune war in der Stabswache der SS in Braunschweig tätig und wohnte in dem SS-Heim am Petritor-Wall. Von diesem SS-Heim nahmen viele Ueberfälle ihren Ausgang.

Der Oberstaatsanwalt hat eine Belohnung von 1000 Mark für die Ergreifung des Kaune ausgesetzt. Er wird sicherlich in anderen SA-Heimen Deutschlands, wahrscheinlich unter gefälschtem Namen, Unterschlupf finden. Die braunschweigische Polizei gibt an, dass der Führer des Wagens als Täter oder Mittäter ausscheide. Sie verweigert jede Auskunft darüber, wer den Wagen gesteuert hat. Auch über die anderen Mittäter wird zunächst jede Auskunft verweigert.

-----

SPD. Die Brüder Lahusen, Geldgeber und intime Freunde des Herrn Hitler, hatten es sehr eilig mit dem "Dritten Reich". Konkurs, Betrug und Unterschlagungen von nahezu einer Milliarde sollten verdeckt und verschwiegen bleiben. Der Gutsbesitzer von Boxheim, in dessen Haus die bekannten Dokumente verfasst worden sind, war aus gleichen Motiven glühender Hitleranhänger. Sein Gut ist inzwischen zwangsversteigert worden. Zu den zahllosen Fällen ähnlicher Art gesellt sich jetzt in Berlin der des Landgerichtsdirektors Willibald v. Pedel-Warnow.

Pedel-Warnow war nicht nur Nazimann sondern auch eifriger Mitarbeiter der Nazipresse. Erst vor wenigen Tagen hat er im Berliner Naziblatt einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift: "Das Gebot der Stunde! Notverordnung zur Regelung von Privatschulden", in dem er die Streichung der Privatschulden ver-

langte. Warum - erzählte uns am Freitag eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Charlottenburg, in der sich der stramme Nazirichter wegen Betrugs und Untreue begangen an einem Architekten zu verantworten hatte. Dieses Gerichtsverfahren ist jedoch nur ein kleines Vorspiel für die kommenden. Der Richter für das Dritte Reich und für die Streichung seiner Verpflichtungen schuldet seinen betrogenen Gläubigern die nette Summe von etwa vierhunderttausend Mark, es kann auch eine halbe Million werden, wenn sich alle gemeldet haben. Natürlich will jetzt der adlige Herr nicht imstande sein, langen Verhandlungen folgen zu können, und ausserdem will er noch beweisen, dass er "unzurechnungsfähig" ist und Anspruch besitzt auf den § 51.

Vordem aber war er lange genug zurechnungsfähig, Arbeiter und kleine Diebe ins Gefängnis zu schicken, Schulden zu machen, zu begaunern, zu betrügen, Artikel für die Nazipresse zu schreiben und für das Dritte Reich zu kämpfen. Es ist nicht rechtzeitig genug gekommen und so wird wohl auch dieser Hitler-sozialist ins Gefängnis wandern, sofern es ihm nicht, wie den Lahusen gelingt, Hitler-Anwälte und eine Hitler-Kaution zu stellen.

-----

SPD. Hannover, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Hannover wurden zwei junge Menschen, bisher nicht vorbestraft, auf Grund der Zuchthausverordnung der Barone wegen Rauferei zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Das Gericht erblickte in der Schlägerei einen politischen Zusammenstoss, weil die beiden Angeklagten den Gegner während der Schlägerei einen Nazi genannt hatten, obgleich der junge Mann mit den Nazis nichts zu tun hat. Der Angegriffene erklärte ausdrücklich, dass er keinen Wert auf Bestrafung lege. Der Staatsanwalt und der Gerichtsvorsitzende führten dennoch eine Verurteilung der beiden jungen Leute herbei.

Das gleiche Gericht verurteilte einen 29jährigen unverheirateten und lungenleidenden Arbeiter ebenfalls zu einem Jahr Zuchthaus, weil er einem Gefreiten im Dienst mit der Faust einen Schlag auf den linken Unterarm versetzt hatte.

-----

SPD. Leipzig, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Darf ein Reichskommissar, der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eingesetzt ist, von sich aus und durch seine jeweiligen Beauftragten in das Beamtenrecht eingreifen? Darf er und dürfen seine Beauftragten Beamten absetzen und in den Wartestand schicken und gleichzeitig andere in neue Stellen rücken lassen? Kurz: darf der angeblich zur Wiederherstellung der angeblich gestörten Sicherheit und Ordnung eingesetzte Reichskommissar die vollen Rechte und Befugnisse der verfassungsmässigen Staatsregierung sich aneignen und dürfen die Staatssekretäre, die mit der kommissarischen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt sind, ihrerseits selbst Minister spielen?

Diese Fragen wurden in der Freitag-Nachmittagssitzung des Staatsgerichtshofes eingehend behandelt. Der preussische Vertreter Dr. Brecht brachte hierbei erbauliche Einzelheiten zur Sprache, die sich bei der Absägung zahlreicher Beamten in dem sogenannten Staatsministerium der Kommissare abgespielt haben. Für die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird die Frage von Wichtigkeit sein, wie weit die Kommissarregierung sich selbst die Grenze hierbei gesetzt hat, die der angebliche Zweck der Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung ihr setzen musste.

Eine weitere Frage von weittragender Bedeutung ist diese: Wie weit unterliegen die Verordnungen des Artikels 48 überhaupt der gerichtlichen Nachprüfung? Selbstverständlich, dass das eine Frage ist, die mehr als ein Dutzend Arbeiten auf dem Gebiete des Staatsrechts befruchten kann. Die Literatur

darüber ist auch schon bergehoch angewachsen, nachdem zahllose Gerichte und Verwaltungsgerichte sich darüber mehr oder weniger ausführlich geäußert haben. Der Vertreter der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages Prof. Peters in Köln vertrat die These, dass der Anwendung des Artikels 48 schon innere Schranken gesetzt sind. Diese Schranken in diesem Falle zu bezeichnen, sei Sache des Staatsgerichtshofes. Es müsse auf jeden Fall die Zweckgebundenheit der Verordnung über die Berechtigung des "Ermessens" nachgeprüft werden, die zum Erlass der Verordnung geführt hat.

Als Sachberater der Reichsregierung, nahm Prof. Jacoby-Leipzig ebenfalls zu der Frage Stellung. Er will die Sache nicht so einfach ansehen wie der Vorredner, obschon die herrschende Lehre eine Nachprüfbarkeit in gewissem Masse zugestehen. Er selbst aber halte an der Meinung fest, die er schon 1929 öffentlich vertreten habe, dass die Nachprüfung der 48er Verordnung nur dem Reichstag, nicht aber einem Gericht zustehe. Eine Ueberspannung des Rechtsgedankens könne zum Schaden des Staates ausschlagen und deshalb müsse man eine weise Zurückhaltung in der Anlegung des Rechtsmassstabes an politischen Entscheidungen üben.

Von preussischer Seite wurde demgegenüber noch einmal betont, dass zweifellos nachzuprüfen sei die Voraussetzung, dass die Massnahme der Verordnung bestimmt sein müsse zur Anhaltung der Landesregierungen zur Pflichterfüllung gegen das Reich. In Wirklichkeit habe man z.B. den Ministerpräsidenten Braun und den Minister Severing nicht "zur Pflichterfüllung" angehalten, sondern direkt davon abgehalten! Die anderen Minister z.B. der Wohlfahrtsminister, der Justiz- und der Landwirtschaftsminister hätten mit den Vorwürfen, die gegen Preussen erhoben wurden, überhaupt nichts zu tun. Es liege also eine offensichtliche Ueberschreitung der dem Verordnungsrecht gezogenen Grenze vor. Dass es dem Reichskommissar gar nicht allein auf die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung ankomme, habe er in seinem Schreiben an den Landtagspräsidenten Kerrl ausdrücklich zugegeben. Dort nehme er für sein Kommissaramt die vollen Befugnisse der Staatsregierung in Anspruch. Die rigorose Ausgestaltung der Verordnung und ihre Folgen zeigten, dass andere Zwecke verfolgt wurden, als die offiziell angegebenen. In diesem Zusammenhang gab Dr. Brecht zu dem Telegramm Papens und zur Ergänzung des preussischen Beweisantrages folgende Erklärung ab:

"Preussens Beweisantrag besagte in der Einleitung: "Dem Vorgehen der Reichsregierung gegen das Land Preussen sind Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Unterstützung des Kabinetts von Papen vorausgegangen, bei denen eine Änderung des Uniformverbots, des Verbots der Sturmabteilungen und der Regierung in Preussen in Aussicht gestellt worden sind." Das Telegramm des Herrn Reichskanzlers lautet: "Verhandlungen oder Vereinbarungen der in der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung bezeichneten Art sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrage durch Mittelspersonen erfolgt, und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt als Reichskanzler." Wir stellen fest:

1. das Telegramm antwortet nicht auf die Erklärung Preussens, sondern auf die Erklärung des Vertreters der Reichsregierung. In welchem Wortlaut diese Erklärung dem Reichskanzler vorgelegen hat, ist nicht ersichtlich. Also ist der Inhalt des Dementis überhaupt nicht zu erkennen.

2. der preussische Antrag spricht von Verhandlungen nur hinsichtlich der Unterstützung des Kabinetts von Papen durch die Nationalsozialisten. Dass solche Verhandlungen stattgefunden haben, kann angesichts der amtlichen Erklärungen der Reichsregierung vom 13. und 15. August nicht bestritten werden.

3. Im übrigen sagt der preussische Antrag nur, dass in diesen Verhandlungen den Führern der NSDAP die Aufhebung des Uniformverbotes und des Verbots der Sturmabteilungen sowie die Veränderungen der preussischen Regierung in Aussicht gestellt seien. Das wird in dem Telegramm des Reichskanzlers nicht bestritten.

4. Dass der Herr Reichskanzler oder ein anderer in seinem Auftrag selbst

die Verhandlungen mit den NSDAP-Führern geführt hat, hat der preussische Antrag nicht behauptet. Der Herr Reichskanzler hat aber Inhalt und Ziel der Verhandlungen gekannt."

Brecht ergänzte diese Mitteilung mit der Bemerkung, dass er dem Gericht anheimstelle über den Beweisantrag im Rahmen seiner Gesamtberatungen zu entscheiden, wenn es nicht von sich aus schon die Tatsache als richtig unterstellen könne. Es stünde nichts im Wege, dass das Gericht später noch einmal in die Beweisaufnahme eintrete, wenn es das für notwendig halte.

Der Reichsvertreter erklärte dann inbezug auf eine Frage des Vorsitzenden wann mit einer Aufhebung des Reichskommissars in Preussen zu rechnen sei, dass die Papen-Regierung die Absicht habe, möglichst rasch dem Zustand des Reichskommissars ein Ende zu machen. Im preussischen Landtag müsste man eine Mehrheit finden, die die Bildung einer regulären Regierung ermögliche. Der Reichskanzler werde mit allen Kräften auf dieses Ziel hinwirken. Die einzelnen Massnahmen aber hingen von der politischen Lage, insbesondere nach den Reichstagswahlen ab, und liessen sich heute noch nicht übersehen.

Ministerialdirektor Brecht stellte fest, dass aus dieser Erklärung des Vertreters der Reichsregierung deutlich die Absicht hervorgehe, die preussische Regierung als dauernd abgesetzt zu betrachten. In der Erklärung sei nur von der Bildung einer neuen Regierung durch den Landtag, nicht von einer Wiedereinsetzung der alten Regierung die Rede.

Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

-----

SPD. Die nationalistische Presse schäumt vor Entrüstung über den falschen Oscar Daubmann, obgleich es grade die Blätter der Herren Hitler und Hugenberg waren, die den Riesenschwindel vom "letzten Kriegsgefangenen" ermöglicht haben. Sonderberichterstatteur wurden von ihnen nicht nur nach Emdingen geschickt, sondern vorher auch nach Italien und in die Schweiz, um den "von den Franzosen so misshandelten und um seine Jugend- und Mannesjahre betrogenen Daubmann" abzuholen. Die Hugenbergpresse hatte sogar Tag für Tag und in seitenlangen Fortsetzungen die Heimkehr des Nationalhelden geschildert und das Buch mit dem entsetzlichen Schicksal des Gemarterten liegt bereits gedruckt in einem Berliner Verlag, wo es zurzeit eingestampft wird.

Die sozialdemokratische "Volkswacht" von Freiburg veröffentlicht über den nationalistischen Daubmannrummel zahlreiche bisher nicht bekannte Einzelheiten. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre der Schwindler auch von Hindenburg als Gast empfangen worden. Der alte Generalfeldmarschall und Reichspräsident sollte das Opfer französischer Barbarei persönlich kennen lernen und der Erzgauner Hummel war bereits von früheren Offizieren einstudiert, wie er seinen Vortrag über Gefangenschaft und Flucht zu halten habe. Der Empfang bei Hindenburg unterblieb, weil "eine Persönlichkeit aus Freiburg" das Büro des Reichspräsidenten gewarnt hatte. Wenn diese prominente Persönlichkeit "bereits seit längerer Zeit" Verdacht gegen "Daubmann" hatte, warum hat sie nicht ebenso rechtzeitig die Öffentlichkeit gewarnt? Sollten die deutschen Nationalisten in ihrer Hetzkampagne nicht gestört werden? Heute fassen sich die Patrioten an den Kopf, wie sie so an der Nase herumgeführt werden konnten von einem Betrüger, dessen Entlarvung jedem Kriminalbeamten in 24 Stunden möglich gewesen wäre? Ja warum? Weil die Nationalisten betrogen sein wollten, weil ihnen dieser "Daubmann" nur allzu gelegen gekommen ist.

Dieser falsche Daubmann ist zuguterletzt nicht von dem Schneider Hummel gemacht, sondern von der nationalistischen Presse und dem nationalistischen Terror, der vor allem in Baden jeden als Vaterlandsverräter und vom Ausland ausgehaltenen Schurken bezeichnete, der auch nur Zweifel hegte, wie sehr viele Bewohner von Emdingen, die jedoch vom Terror niedergehalten wurden. Vier Wochen vor seiner "Heimkehr" war "Daubmann" noch als Schneider Hummel bei seinen Verwandten in Emdingen, und das erklärt auch, warum er bei seinem Vortrag

im grössten Saal von Endingen unter keinen Umständen aufs Podium ging sondern nur von seinem Platz aus sprach. Für diese Vorträge hat Hummel viel Geld bekommen. U.a. bezahlte ihm ein Kriegerverein in Baden 500 Mark für den Abend. Aus einem Vortrag in Säckingen berichtet die Freiburger "Volkswacht": "Sonntag abend kamen Kinder vom Vortrage Daubmanns nach Hause und berichteten, der Daubmann sei aber eine grosse Sau, er habe in seinem Vortrag vor den vielen hundert Leuten in den ordinärsten Ausdrücken gesprochen und sich Ausführungen über das Kulturvolk der Franzosen erlaubt, die auf dem Lande nicht üblich sind. Man hat ihn nahher doch geehrt. Nun ist der Schwindel aufgedeckt. Eine kitzliche Frage wollen wir stellen: Wird der Daubmann aus der Naziartei nun ausgeschlossen? Er hat sich hier nämlich als Nazi vorgestellt! Dass Daubmann in den Versammlungen es liebte, in ordinärsten Ausdrücken sich zu ergehen, wird uns auch von vielen anderen Stellen bestätigt, aber was sieht man einem so grossen nationalen Manne nicht alles nach, wenn er so furchtbare Leiden in französischer Gefangenschaft hat auskosten müssen. Offenbar wollte "Daubmann" mit den ordinären Redensarten die Zuhörer foppen, die nicht merkten, was für einen liederlichen Kerl sie vor sich hatten."

Um ihren Anteil an Hummel und dem von ihnen mitangelegten nationalistischen Schwindel zu verdecken, hatten die Nazis die bei den Hinterleuten übliche Unverfrorenheit, eine Anfrage im badischen Landtag einzubringen. Dieselben Nazis, als deren Angehöriger sich der Schwindler Hummel mit vollen Recht bezeichnen konnte, diese Nutzniesser des falschen Daubmann wagen es jetzt, die badische Landesregierung drohend zu fragen, was sie im Fall Daubmann getan hätte? Wir wissen es nicht, aber was wir wissen das ist, dass das Berliner Naziblatt gleich Herrn Hitler gegenüber Frankreich erklärt hat: "Oskar Daubmann, Dir sind in uns die Rächer entstanden, die den sadistischen Franzosen heimzahlen werden, was sie an Dir begangen haben!"

Hummel und Hitler, sie sind einander würdig. Dieser Hummel ist genau so viel Oskar Daubmann, wie der Oberosaf ein Sozialist ist. Der Schneider Hummel hat ein paar arme Eltern und die Dummen betrogen. Hitler und seine Partei wollen ein ganzes Volk von 65 Millionen Menschen beschwindeln. Auch dieser Betrug wird auf die Dauer so wenig gelingen, wie der des Schneiders Hummel!

SPD. Kassel, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Das sozialdemokratische "Kasseler Volksblatt" ist am Freitag bis einschliesslich Dienstag, den 18. Oktober, verboten worden. Die Kasseler Papenheimer nahmen eine Kritik der Münchener Papen-Rede zum Anlass des Verbots.

SPD. Köln, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Die Kölner Industrie- und Handelskammer hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf "die täglich eingehenden Nachrichten über schwere Schädigungen des Aussenhandels durch die Kontingentierungsbestrebungen" über Verluste von mühsam erworbenen Absatzgebieten, Vergebung von bisher deutschen Lieferungen an das konkurrierende Ausland, auf die zunehmende starke Misstimmung in der Kaufmannschaft und die sehr ungünstigen Einwirkungen auf den Arbeitsmarkt die sofortige Einstellung der Kontingentierungspolitik für ein Gebot der Stunde erachtet und aufs dringendste gebeten wird, entsprechende Massnahmen unverzüglich zu treffen. - Ein ähnliches Telegramm, in dem die Regierung um Änderung ihrer Haltung ersucht wird, hat der Bergische Fabrikantenverein an die Reichsregierung gerichtet. Der Verein befürchtet infolge der Gegenmassnahmen der italienischen Regierung, die

den deutsch-italienischen Handelsverkehr lahmlegen und den Firmen die Verfügung über ihre italienischen Guthaben nehmen, eine weitgehende Betriebseinschränkung in der bergischen Industrie.

-----

SPD. Welche verheerenden Wirkungen und Gefahren die Zoll- und Kontingentierungspolitik der Papen-Regierung für die deutsche Währung und damit für das deutsche Volk hervorrufen, zeigt ein Brief, den das Direktorium der Reichsbank an die Barone gerichtet hat. Dieses von dem Reichsbankpräsidenten Luther unterzeichnete Schreiben, warnt die Reichsregierung vor der Fortsetzung ihrer agrarpolitischen Abschnürungsmassnahmen, da sonst keine Gewähr für die Erhaltung der deutschen Währung mehr gegeben sei.

-----

SPD. Stockholm, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Im Zusammenhang mit der Verhaftung von Torsten Kreuger, dem wegen frisierte Bilanzen eine Strafe von zwei Jahren Zwangsarbeit droht, wird jetzt bekannt, dass der Angeklagte durch seine Aktienpakete, die nach dem heutigen Kurswert ein Kapital von 131 Millionen Kronen darstellen, an der Spitze eines Riesenkonzerns steht und faktisch der Besitzer einer grossen Reihe von Industrieunternehmungen, Zeitungsverlagen und Schiffahrtsgesellschaften ist, deren Schicksal nun recht bedenklich wird. Zum Torsten Kreuger-Konzern gehören u. a. auch die Südbank und die Svea-Reederei, eine der grössten Schiffahrtsgesellschaften Schwedens, an der Kreuger mit über 60 Millionen Kronen beteiligt ist. Zeitungs-meldungen zufolge sollen diese beiden Unternehmungen durch das Prozessverfahren gegen Kreuger nicht bedroht sein.

-----

SPD. Amsterdam, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Das "Hofmarschallamt des Exkaisers" in Doorn erklärte am Freitag zu den über den Exkaiser umlaufenden Gerüchten einem Vertreter des sozialdemokratischen "Het Volk", dass der Exkaiser, sofern er an den Festlichkeiten in Koblenz teilnehmen möchte, doch keinen Versuch zur Erlangung einer Einwilligung zu einer Reise nach Deutschland unternehmen werde. Erst, wenn das Deutsche Volk ihn rufe, würde er kommen. Auf den Einwand, dass die Sozialdemokraten und die Kommunisten sich einer Rückkehr des früheren Kaisers energisch widersetzen würden, erklärte der "Hofmarschall", dass der Exkaiser mit diesen Parteien nicht zu rechnen brauche, da sie ausserhalb der Volksgemeinschaft ständen.

Die Hofnarren in Doorn beweisen uns mit dem letzten Satz der Erklärung, dass sie und ihr allerhöchster Direktor immer noch dieselben sind, die sie waren: dass sie trotz allen Geschehens seit 1914 nichts gelernt und nichts vergessen haben. Der Direktor sowie seine Angestellten haben sich bis 1918 alljährlich vom Deutschen Volk 19½ Millionen Mark Gehalt zahlen lassen, obwohl sie keine 19½ Mark wert gewesen sind. Die Herren lassen sich auch heute noch von den Steuergroschen des armen Volkes solche Pensionen geben, dass sie die verrückten weiterspielen können. Was an uns liegt, die Hofnarren zu kurieren, soll getan werden.

-----

SPD. Elberfeld, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Wuppertal haben etwa 200 Wohlfahrts-Pflichtarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen von der Stadtverwaltung, nach den Sätzen für die Fürsorgearbeiter, also nach dem Tiefbauarbeiter-Tarif, abzüglich zehn Prozent bezahlt zu werden. Die Stadt will den Streikenden die Wohlfahrtsunterstützung für die Zeit des Ausstandes sperren.

---

SPD. Halle, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein Leser des "Halleschen Volksblattes" hat von einem Verwandten aus Koburg einen Brief erhalten, der folgende interessante Stellen enthält:

"Bei Euch erzählen sie immer, dass in Koburg keine Not mehr ist. Dabei ist jeder zweite Mensch arbeitslos und bekommt Unterstützung, aber so wenig, dass er fast verhungern muss. Die meisten gehen fort und mausen. Wir merken hier durch die Nazis noch nicht, dass es besser geworden ist, höchstens schlechter. Im vorigen Jahr ging es uns schon schlecht, aber so wie heuer doch noch nicht. Die Nazis können uns allen den Buckel runterrutschen, denn helfen tut uns ja doch keiner."

---

SPD. London, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Londoner Besprechungen zwischen dem englischen und französischen Premierminister haben - wie man aus einem offiziellen Communiqué erfährt -, zu einer Einigung darüber geführt, dass eine Viermächtekonferenz abgehalten werden soll und zwar in Genf. Die englische Regierung hat - wie es weiter in dem Communiqué heisst - um die Zustimmung der italienischen und deutschen Regierung zu diesem Plan nachgesucht. Die Viermächte-Konferenz werde einen vorläufigen und inoffiziellen Charakter tragen und den Zweck haben, Mittel und Wege vorzuschlagen, wie die gemeinsame Arbeit innerhalb der Abrüstungs-Konferenz wirksam wieder aufgenommen werden könne. Man erfährt weiter, dass die italienische Regierung der Genfer Einladung bereits ihre Zustimmung gegeben habe, Deutschland sich aber weiter ablehnend verhält. Es erklärt wieder seine Bereitschaft, an einer Viermächte-Konferenz teilzunehmen, ist aber nicht mit Genf als Tagungs-ort einverstanden.

Die Entschiedenheit der deutschen Weigerung hat in England überrascht. Zweifellos wird die englische Regierung sich bemühen, die deutsche Regierung doch noch zu einer Beteiligung zu überreden. Der "Daily Herald", der besonders viel Verständnis für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung gezeigt hat, begrüsst in seinem Leitartikel, dass gerade Genf als Tagungsort gewählt wurde. Ebenso sind andere Blätter der Meinung, dass der Sache wegen Genf der richtige Treffpunkt sei für eine Konferenz, die nichts weiter darstelle, als eine Vorbereitung für die Wiederaufnahme der Abrüstungs-Konferenz.

---

SPD. Paris, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ueber das Ergebnis der Unterredungen MacDonalds und Herriots sind die Pariser Freitag-Abendblätter geteilter Meinung. Der "Paris Soir" und der "Temps" stellen fest, dass inbezug auf den Ort und Charakter der von England angeregten Viermächtekonferenz die Grundsätze aufrechterhalten worden sind, die Frankreich formuliert hatte und die darauf hinausliefen, dass die Besprechungen einen rein offiziellen und vorbereitenden Charakter bewahren und im Rahmen des Völkerbundes, also in Genf stattfinden, wo Frankreich nötigenfalls die kleiner mit ihm verbündeten Staaten zu Rate ziehen könne.

Die beiden nationalistischen Blätter "Liberté" und "Journal des Débats"

sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Die "Liberté" schreibt: "MacDonald hat nicht auf seine Viermächtekonferenz verzichtet. Er bleibt seiner Idee treu, die darin besteht, das streikende Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückzuführen sowie als Vermittler und Versöhner zwischen Frankreich und Deutschland aufzutreten. Nur fasst er die Versöhnung so auf, dass Deutschland tatsächliche Konzessionen und Frankreich nur formale Konzessionen gewährt werden." Das "Journal des Débats" erklärt: "Herriot muss ein wenig spät feststellen, dass er Unrecht gehabt hat, nach London zu reisen. Er gibt MacDonald nach und erklärt sich mit der Viermächtekonferenz einverstanden. Diese Konferenz wird nicht in London stattfinden, aber dieser kleine geographische Erfolg bedeutet nichts. In London, in Genf, Lausanne oder anderswo setzt sich Herriot nur einer Kontroverse aus, bei der er isoliert sein wird und Gefahr läuft, kapitulieren zu müssen."

Die Ablehnung der Reichsregierung, an der Genfer Konferenz teilzunehmen, wird von dem diplomatischen Berichterstatler der Havas-Agentur, der Herriot nach London begleitet hat, wie folgt kommentiert: "Von neuem gibt Deutschland einen Beweis seiner Unaufrichtigkeit. Es hat in brutaler Weise die Frage der Gleichberechtigung aufgeworfen. Die wichtigsten Mächte bieten ihm an, darüber in Genf zu diskutieren. Da diese Stadt der Sitz der Abrüstungskonferenz ist, antwortet Deutschland mit seiner Weigerung. Ohne logische Begründung, wegen einer reinen Prestigefrage hält die Reichsregierung also an ihrer negativen Haltung starrköpfig fest. Weder MacDonald noch Herriot sind darüber erstaunt gewesen. Die vorgesehenen Besprechungen werden wahrscheinlich gegen den 10. November in Genf ohne deutsche Delegation stattfinden, da dies ihr Wille ist. Man wird jetzt in der ganzen Welt wissen, welches Vertrauen man zu dem Geist seiner internationalen Zusammenarbeit und friedlichen Gefühle haben kann."

-----

SPD. Genf, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Spezialkomitee der Abrüstungskonferenz für die Berechnung der Heeresstärken hat am Freitag-Nachmittag unter dem Vorsitz von de Brouckere-Belgien seine Aussprache fortgesetzt. Dabei kam es zu einem heftigen Angriff des französischen Delegierten Massigli auf Deutschland, der indessen von der grossen Mehrheit des Komitees durch die Proklamierung der gleichen Behandlung für alle Staaten pariert wurde.

Das Komitee stand bei der Beratung des Hoover-Planes, der jedem Land eine nicht herabsetzbare Wehr- und Polizeimacht zuspricht. Massigli hatte dazu beantragt, zu untersuchen, wie weit man bei der Berechnung dieser nicht herabsetzbaren Kräfte der Armeen die Polizei einbeziehen müsse. Am Freitag kam er plötzlich mit einem Vorstoss, der als Teil der französischen Ankündigungen über Enthüllungen deutscher Geheimrüstungen zu betrachten ist. Massigli behauptete, dass er seine Ausführungen nicht in Gegenwart eines deutschen Vertreters machen könne, doch hoffe er, dass der Sitzungsbericht der deutschen Regierung übermittelt werde. Der amerikanische Plan gehe davon aus, dass die nicht herabsetzbaren Kräfte nach den Bestimmungen der Friedensverträge zu beurteilen seien. In den abgerüsteten Staaten habe die Polizei einen Umfang und eine Bewaffnung erhalten wie nirgends sonst. Er nehme den Fall Deutschland heraus. Er bringe keine Gerüchte vor, sondern Tatsachen, die aus deutschen Provinzzeitungen genommen seien. Er besitze Berichte und Bilder von militärischen Manövern der Schupo besonders aus Mecklenburg-Schwerin und Württemberg. Deutschland habe eine Schupo-Organisation, die den Verträgen widerspreche. Nach dem im Jahre 1925 aufgestellten und 1931 bestätigten Schupo-Protokoll dürfe Deutschland 14 000 Mann Polizei haben. Ob das die wirkliche Zahl heute sei, könne niemand wissen. Die Kontrollkommission habe niemals die Ausbildungsreglements für die Schupo erhalten. 35 000 Mann seien kaserniert, in Kompagnien eingeteilt und hätten mehr Offiziere als nötig sowie Panzerautos, tech-

nischen und Luftfahrtendienst sowie Verbindungsdienst zur Reichswehr. Massigli schloss mit der Feststellung, die Schupo habe militärischen Charakter in Aufstellung, Bewaffnung und Ausbildung. Man dürfe also für die Berechnung der nicht herabsetzbaren Militärkräfte für Deutschland nicht nur die Reichswehr zugrunde legen, sondern ebenso wenigstens die kasernierten Polizeikräfte und die Polizeischüler. Die festzusetzende Zahl überlasse er dem Komitee.

Präsident de Brouckère bedauerte Deutschlands Abwesenheit und stellte nachdrücklich fest, dass kein Mitglied des Komitees einem abwesenden Land den Prozess machen wolle. Es handle sich nur darum, welche Polizeikräfte aufgrund ihrer Eigenschaften in die Berechnung einbezogen werden müssten. Deutschland sei keineswegs das einzige Land, das eine militärisch organisierte Polizei habe. Auf Vorschlag de Brouckères wurde einstimmig beschlossen, nach der Sitzung der Presse die technischen Gründe mitzuteilen, die das Komitee dazu geführt hätten, die Art der Polizei in den abgerüsteten Staaten in erster Linie zu behandeln. Es wurde auf seinen Vorschlag ein Unterkomitee eingesetzt, das durch Rückfrage zunächst bei den 15 im Komitee vertretenen Regierungen die Kennzeichen der verschiedenen Polizeiorganisationen feststellen soll. Das Komitee selbst vertagte sich bis zum 27. Oktober.

In der anschliessenden Pressebesprechung stellte de Brouckère nochmals fest, dass alle Staaten die gleiche Behandlung erfahren sollten. Es sei nie davon die Rede gewesen, Deutschland einen Prozess oder eine Untersuchung wegen der Schupo anzuhängen.

Die Vertreter der nationalistischen Presse kündigen wieder einmal heftige Angriffe auf de Brouckère an, den sie beschuldigen will, die Kommission nur deshalb vertagt zu haben, um die Angriffe auf Deutschland "unbeantwortet" wirken zu lassen. Da im Ausschuss kein deutscher Vertreter teilnimmt, ist es unerfindlich, auf welcher Grundlage solche Angriffe beruhen könnten. Es dürfte Sache der Regierung sein, öffentlich zu antworten oder nicht.

SPD. In der Freitag-Sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Finanzgebarung des Finanzministers Dr. Klepper verwies der deutsch-nationale Stinkbombenwerfer u.a. auch darauf, dass an dem angeblichen Geschäft zwischen Preussenkasse und "Kölnischer Volkszeitung" in der weiteren Entwicklung auch die Germania-A.G. beteiligt sei.

Der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrates der "Germania" war der heutige Reichskanzler Herr von Papen. Wir schlagen dem deutsch-nationalen Reinigungsfanatiker vor, auch Herrn von Papen als Zeugen zu laden, zumal wir annehmen, dass er ihnen über die Verwendung bestimmter Gelder für Zeitungsunternehmungen eine ganz besondere Lektion erteilen kann.

SPD. Liegnitz, 14. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Sondergericht in Liegnitz verurteilte am Freitag 4 republikanische Arbeiter wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 2 Wochen bis 6 Monaten Gefängnis.

Die Verhandlung ergab folgendes Bild: 16 den Linksparteien angehörende und nahestehende Arbeiter und drei Arbeiterinnen aus Lüben waren wegen Landfriedensbruchs und Aufruhr, begangen am 9. Juli, angeklagt. An diesem Tage hatte ein Naziumzug stattgefunden, bei dem es zu sehr geringfügigen Ausschreitungen kam. Auch einige Steine sollen gegen die Nazis geworfen worden sein, verletzt wurde jedoch niemand. Der Staatsanwalt beantragte gegen 10 Angeklagte 6 bis 9 Monate Gefängnis, gegen 2 Angeklagte 2 bzw. 3 Monate, zusammen 69 Monate Gefängnis. Vier Angeklagte sollten nach seinem Antrag freigesprochen werden. Das Sondergericht kam nach zweitägiger Verhandlung zu dem oben gemeldeten Urteil. Das schlimmste Vergehen sah es in der Tat des zu 6 Monaten verurteilten Arbeiter, weil er den Gummiknüppel eines Polizeibeamten einen Augenblick festgehalten hatte. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.



## Scheidungschieber.

### Aufdeckung eines ungeheuren Betruges in Montevideo.

SPD. Buenos Aires Anf. Okt. (Eig. Ber.)

Die Carreradampfer, die den Verkehr zwischen Buenos Aires und der benachbarten uruguayischen Hauptstadt Montevideo vermitteln, tragen im Volksmund den Beinamen "Scheidungsampfer" oder "Heiratsdampfer". Dass im liberalen Montevideo (im Gegensatz zu Buenos Aires) leicht geschieden wird, veranlasst nämlich alljährlich zahlreiche Personen, denen die Ehe zur Hölle geworden ist, sich am jenseitigen Ufer des Rio de La Plata der gesetzlichen Ketten zu entledigen, die ihnen das Leben zur Qual machen.

#### Eine Industrie blüht auf...

Geriebene Personen haben es aber nun verstanden, aus reichlich vorhandenem Ehescheidungsbedürfnis Kapital zu schlagen. Es war nämlich in der letzten Zeit gar nicht mehr nötig, sich persönlich nach Montevideo zu begeben, um rasch und schmerzlos geschieden zu werden - vorausgesetzt, dass man über genügend Geldmittel verfügte. Hatte einer Geld, so brauchte er nur einen bestimmten Betrag an eine bestimmte Adresse in Montevideo zu übermitteln, um nach kurzer Zeit die Ehescheidungsbescheinigung und, wenn gewünscht, auch die Bescheinigung des Eingangs einer neuen Ehe, von der er sich mehr Glück als von den ersten versprach, postwendend zu erhalten. Es wurde geschieden und wieder geheiratet, ohne dass diejenigen, die es in erster Linie anging, sich die Unkosten der Ueberfahrt auf dem Carreradampfer zu machen brauchten. Diese Spesen steckte dafür der "legale" Vertreter in Montevideo ein.

#### Die Dame aus Rosario.

Es war nicht die fleissig am La Plata scheinende Sonne, sondern ein argentinischer Rechtsanwalt, der den Schwindel an den Tag brachte: die Scheidungschieber konnten dingfest gemacht werden, sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Eine Dame aus Rosario, Gattin eines wohlhabenden Kaufmannes, war in Montevideo geschieden worden, ohne dass sie eine blasse Ahnung davon hatte und ohne dass sie überhaupt in Montevideo war. Indes geht aber aus den Akten der Ehescheidung hervor, dass diese "geschiedene Frau" bei allen Verhandlungen vor dem uruguayischen Gericht in Montevideo vertreten war. Der argentinische Rechtsvertreter dieser "Geschiedenen" begab sich nun selbst nach Montevideo und es war ihm sehr leicht, nachzuweisen, was für ein ungeheurer Betrug mit seiner Mandantin und mit vielen tausend anderen Personen vor der uruguayischen Justiz - mit Hilfe betrügerischer Aussagen, die von gekauften falschen Zeugen gemacht wurden - verübt worden ist. Geschiedene Personen, die sich auf Grund eines betrügerischen Verfahrens wieder verheiratet haben, gelten nach argentinischem Gesetz als nichtverheiratet, ihre Kinder sind nach dem Gesetz unehelich und es wird langwieriger Schritte bedürfen, um hier wieder legale Zustände zu schaffen.

#### Die beiden Hauptscheider.

Die von den Mitgliedern des Obersten uruguayischen Gerichtshofs geleitete Untersuchung hat ergeben, dass sich vor dem Bezirksgericht, das der Leitung eines gewissen Dr. Moreno unterstand, die beiden "Hauptscheider" Denot und Teixeira eines ausserordentlichen Wohlwollens erfreuten. Ihre Dreistigkeit ging so weit, dass sie im Moreno'scher Bezirksgericht ihr eigenes Büro unterhielten.

Einer vertrat den klagenden Teil bei der Scheidung, der andere den beklagten Teil. Die Gerichtsangestellten gehorchten den Weisungen dieser beiden Betrüger, als ob sie in ihrer Hörigkeit ständen. Eine stattliche Zahl von Berufszeugen war angestellt, die wahrscheinlich ein festes monatliches Gehalt bezogen. An einem Tage wurde jede "bestellte" Ehe geschieden, wurden die Kosten eingestrichen, wurden die auf Scheidung wartenden Personen amtlich benachrichtigt - es ging alles wie am Schnürchen!! Im Zivilregister der 5ten Sektion wurde die Komödie mit etwas vertauschten Rollen wiederholt. Dort vertraten die beiden Haupträdelsführer die nun schon geschiedenen Personen und erledigten die neue Heirat.

#### "Treulos, verlassene Frauen".

Denot und Texeira haben die doppelte falsche Rolle gespielt, Personen aus Argentinien erst scheiden zu lassen und dann wieder zu verheiraten. Sie verfügten über einen Stab von Männern und Frauen, die ihnen für jede gewünschte Zeugenaussage gegen klingenden Lohn zur Verfügung standen. Es traten Frauen vor Gericht auf, die die Rolle der Betrogenen oder der treulos Verlassenen herzerreissend spielten, während sie in Wirklichkeit nur im Auftrag ihrer Arbeitgeber die jeweils dienliche Rolle markierten. Man liess auch Akten aus Buenos Aires kommen und sandte sie wieder zurück, alles nur, um einen formalen und legalen Weg vorzutäuschen. Natürlich konnte dieser Betrug nur so glatt gelingen, weil sich zahlreiche Personen der Justizverwaltung blind stellten. Eine Scheidung, deren gesetzliche Erledigung sonst etwa 18 Monate dauerte, wurde in 23 Tagen durchgeführt. Verschiedentlich sind sogar Gerichtsangestellte - natürlich unter falschem Namen - als Zeugen in Ehescheidungssachen aufgetreten.

K.

+ + +

Mord. In Jätersdorf (Neumark) hat der 17jährige Landwirtssohn Schöning seinen 20jährigen Freund Richard Schulz, gleichfalls Sohn eines Bauern, in einem Anfall von fürchterlichem Jähzorn mit einer Wagenwinde erschlagen. Auch die Schwester Schulz, die ihrem Bruder beizustehen versuchte, wurde von Schöning schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet worden.

+ + +

Matuschka. Der Revisionsantrag des vom Wiener Schwurgericht zur sechs Jahren schweren Kerker verurteilten Eisenbahnattentäters Silvester Matuschka ist vom obersten österreichischen Gerichtshof verworfen worden.

+ + +

Kreuger-Auktion. In der Svens Franska-Kunstgalerie in Stockholm beginnt am 31. Oktober die zweite Ivar Kreuger-Auktion.

+ + +

Einbruch ins Postamt. Verbrecher versuchten am Freitag Morgen einen Kasseneinbruch im Postamt Berlin-Buchholz. Als die Täter sich entdeckt sahen, flüchteten sie durch einen Fenstersprung; ihre Beute konnte ihnen abgejagt werden.

+ + +

Tempo. In der einschlägigen Fachpresse wird ein Film "Der Schneider von Endingen" angekündigt.

+ + +

Meine Tante, deine Tante. In Berlin-Halensee hoben Beamte des Spielerdezernats der Berliner Kriminalpolizei einen in einer Privatwohnung untergebrachten Spielklub aus, in dem u.a. gewerbsmässig das verbotene "Meine Tante, deine Tante" gespielt wurde. 17 Personen wurden zwangsgestellt; ein Koffer mit Karten verfiel der Beschlagnahme.

+ + +

Bluttat im Walde. In einem Wald in der Nähe von Halle wurde der 25-jährige Maurer Paul Meyer aus Döllnitz erschossen aufgefunden. Ein Mann, der sich in der Nähe des Tatortes in verdächtiger Weise herumtrieb, ist unter Tatverdacht festgenommen worden.

Windhose. Das nordbadische Dorf Lautenbach bei Heidelberg wurde von einer schweren Windhose, die den Ort in etwa 200 bis 300 Meter Breite mit Schnellzugtempo durchraste, heimgesucht. 150 Häuser, Scheunen und Schuppen wurden abgedeckt; zahllose Obstbäume sind entwurzelt worden; ausserdem entstand anderer beträchtlicher Sachschaden.

Ehrung. Der Schriftsteller und Bibliophile Fedor von Zobeltitz, der kürzlich seinen 75. Geburtstag feierte, erhielt vom Reichspräsidenten die Goethe-Medaille verliehen.

Chicago... Im Monat September wurden in Chicago 3 375 Autos gestohlen und 2 255 gekauft.

Mitschke und Matschke. Vom Gericht in Beuthen wurden die beiden Falschmünzer Mitschke und Matschke zu drei und vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten haben falsche 20 Markscheine hergestellt und vertrieben.

Gekränkte Augen... Vom Gericht in Boston wurde eine Ehe 24 Stunden nach der Hochzeit geschieden: die Ehefrau entdeckte auf der Brust ihres Mannes das eintätowierte Bild einer fremden Frau, darunter zwei pfeildurchkreuzte Herzen. Das Gericht erklärte, dass der Ehefrau nicht zugemutet werden könne, ständig das Bild einer "Vorgängerin" vor Augen zu haben.

Fahrkartenfälscher. In Kassel und Frankfurt a. Main wurden drei Personen, unter dem Verdacht der Herstellung und des Vertriebs von gefälschten Fahrkarten verhaftet.

Nachspiel. Das Gericht in Göttingen verurteilte den aus Berlin stammenden Kraftwagenführer Alfred Kugler wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu 1½ Jahren Gefängnis. Kugler hatte einen bei einer Harzfahrt verunglückten Ausflugsomnibus gesteuert. Die Katastrophe trug sich am ersten Pfingstfeiertag dieses Jahres zu; 7 Personen waren tödlich verunglückt, 23 hatten Verletzungen erlitten.

Die Todespyramide. Der amerikanische Bergsteiger Herron ist von der grossen Gizeh-Pyramide bei Kairo abgestürzt; er verunglückte tödlich. Herron hatte als Mitglied der deutsch-amerikanischen Himalaya-Expedition deren vor dem Ziel abgebrochene Nanga Parbat-Besteigung mitgemacht. Er war auf der Rückreise; in Kairo wollte er sich nur einen Tag aufhalten.

Jubiläum der Kultur. Die Berliner Stadtbibliothek - Bestand: 250 000 Bände - feiert ihr 25jähriges Bestehen.

Unfall Eulenbergs. Der Schriftsteller Herbert Eulenberg wurde in Düsseldorf von einem Auto überfahren und schwer verletzt.

Gnade für den Hund! Ein Hundebesitzer aus Birmingham wurde von der Polizei aufgefordert, seinen Hund, der kürzlich einen Briefträger eine Bissverletzung beibrachte, zu töten. Verzweifelt kämpft der Hundebesitzer um sein Tier: er zieht von Lokal zu Lokal und sammelt Unterschriften für ein "Gnadengesuch" - 2000 hat er schon zusammen.



## Krise und Angestelltenbewegung.

### Tagung der Internationale der Privatangestellten.

SPD. Die Privatangestellten sind von der Krise vielleicht noch härter angefasst worden als die Arbeiter. Der Abbau in den Büros hat Tausende von Technikern und Handelsangestellten aufs Pflaster geworfen. Die Arbeitslosigkeit war aber für diese Leute vielfach gleichbedeutend mit einem völligen Zerbrechen der Existenz; denn ungeheuer schwer findet, vor allem bei längerer Arbeitslosigkeit, ein qualifizierter d.h. ein älterer Angestellter, zur alten Arbeit wieder zurück. Nun bedroht neuerdings in allen Ländern und besonders in Deutschland eine unmögliche Wirtschafts- und Handelspolitik von neuem die Existenz der Angestellten. Der Autarkieirrsinn lässt den Handel einschrumpfen. Repressalien erfolgen auf die Einfuhrdrosselung und -absperzung. Neue Entlassungen drohen vor allem den Handelsangestellten. Abermals werden die Grenzen dichter und dichter zugemacht, und damit werden auch die Ausbildungs- und Verdienstmöglichkeiten für den Angestellten im Ausland von neuem unterbunden. Auch in dem einzigen Land, in dem in den letzten Jahren wenigstens noch der eine oder andere deutsche Techniker ein Stück Brot verdienen konnte, in Sowjetrussland, verschlechtert sich die Lage der deutschen Angestellten von Tag zu Tag.

Dieser ernste Tatbestand gab der Vorstandssitzung des Internationalen Bundes der Privatangestellten, die dieser Tage in Berlin stattfand, mehr als reichen Beratungstoff. Vertreten waren auf der Sitzung Deutschland, die Tschechoslowakei, Oesterreich, Frankreich, England, Dänemark und Holland. Im Mittelpunkt der Beratungen des Bundes, der heute rund 900 000 Mitglieder umfasst und einen Zweig der grossen internationalen Arbeiterbewegung unter der Führung des IGB darstellt - die Beziehungen des Bundes zum IGB haben sich erfreulicherweise in der jüngsten Zeit wesentlich gebessert - standen der Kampf der Angestelltenbewegung gegen die Wirtschaftszerstörung durch den Autarkiewahn und der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung.

Die Politik der wirtschaftlichen Beschränkungen aller Art, die Einfuhrverbote, Handelskontingente, Hochschutzzölle, Devisenverbote und dergl. haben - so wurde auf der Vorstandssitzung mit schärfstem Nachdruck und in voller Einmütigkeit betont - keineswegs dem damit angestrebten Zweck der wirtschaftlichen Gesundung gedient. Im Gegenteil! Die Einschränkungen des internationalen Austauschverkehrs haben zur Stagnation in allen Wirtschaftsgebieten und auf allen Märkten geführt. Die Privatangestellten sind ebenso wie die Arbeiter die Opfer dieser verfehlten Handels- und Wirtschaftspolitik der Regierungen. Der Internationale Bund der Privatangestellten fordert daher energische Abwehr von dieser absolut zweckwidrigen und wirtschaftsfeindlichen Handels- und Devisenpolitik. Nach seiner Auffassung kann nur die Wiederherstellung des freien Wirtschaftsverkehrs der krisenhaften Entwicklung und der zunehmenden Arbeitslosigkeit Halt gebieten. Der Vorstand des Bundes ruft daher die Gewerkschaften der Angestellten in allen angeschlossenen Ländern auf, ihren ganzen Einfluss auf Regierung und Gesetzgebung in der Richtung des Abbaus der bestehenden Handelsschwierigkeiten geltendzumachen. Trotz der ungeheuren Zunahme der Arbeitslosigkeit in allen Ländern

ist die Forderung der Gewerkschaften auf internationale gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Wochenstunden noch immer unerfüllt. Der Vorstand des IBP stellt das mit Bedauern fest. Er macht darauf aufmerksam, dass die furchtbare Not dringend erfordert, mit grösster Beschleunigung auch durch internationale Arbeitszeitverkürzung Vorsorge für die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess zu treffen. Er erwartet, dass die Frage der internationalen Verkürzung der gesetzlich zulässigen Höchstarbeitszeit auf höchstens 40 Wochenstunden noch auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1933 gesetzt wird und fordert die angeschlossenen Verbände auf, auch in ihren Ländern den Kampf für die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Wochenstunden bei ungekürztem Gehalt mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Der Angestelltenausschuss in Genf ist in diesem Jahr noch nicht zusammengetreten. Die Vorstandssitzung forderte daher, dass seine Einberufung noch in diesem Jahr erfolgt, und dass auf dieser Tagung dann im wesentlichen folgende Fragen zur Erörterung kommen: Sonntagsruhe, Ladenschluss, bezahlter Urlaub und Rechtsstellung der Geschäftsreisenden.

Der Einfluss der öffentlichen Verwaltung auf die Wirtschaft nimmt in allen Ländern immer mehr zu. Der Sekretär des Bundes wurde daher beauftragt, den Umfang und den Grad dieser Beeinflussung vor allem in den dem Bund angeschlossenen Ländern durch eine besondere Erhebung festzustellen.

Die Jugendbewegung, die in der Angestelltenbewegung mit besonderer Liebe und Anteilnahme gefördert wird, beschäftigt auch die Vorstandssitzung des IBP. Man beschloss, im nächsten Jahr eine Konferenz der Jugendführer einzuberufen mit dem Zweck, ein Programm für die jugendlichen Angestellten auszuarbeiten.

Die Privatangestellteninternationale verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit auch die Erfassung der studierenden Jugend durch die Angestelltenbewegung. Kein Zufall ist es also, wenn die Industriestudenten an den Bund herantreten sind, um mit ihm enger in Fühlung zu kommen. Die Industriestudenten wollen eine systematische internationale Verbindung im Rahmen der Privatangestellteninternationale.

Mit grossem Interesse nahm die Vorstandssitzung Kenntnis von dem soeben fertiggestellten Bericht des Butab über die Lage der deutschen Techniker in Russland. Dieser Bericht beruht auf authentischem Material; denn zahlreiche deutsche Techniker, die zur Zeit in Russland arbeiten, sind dem Butab angeschlossen. Der Kern des Berichtes, der die breiteste Öffentlichkeit interessieren dürfte, liegt in der einwandfreien Feststellung, dass die Lage der deutschen Techniker heute in Russland viel schlechter ist als man nach den Verlautbarungen von russischer Seite annehmen möchte. Der deutsche Techniker in Russland ist heute nicht mehr im stande, der in der Heimat verbliebenen Familie irgend welche Hilfe zukommen zu lassen, da die Bezahlung infolge des Devisenmangels nur noch in Rubeln erfolgt.

-----

SPD. Bei der Firma C. Heye, Glasmanufaktur in Rosswein (Sa.) haben die Arbeitnehmer am 13. Oktober als Abwehrmassnahme gegen die Anwendung der Notverordnung die Arbeit geschlossen eingestellt. An dem Kampf sind 80 bis 100 Personen beteiligt.

-----

SPD. In der Steingutfabrik Sörnewitz Akt. Ges. in Sörnewitz führte die Papen-Notverordnung mit ihren Lohnabbaubestimmungen auch zu einem Arbeitskonflikt. Die Firmenleitung nahm 37 Neueinstellungen vor und kürzte den Lohn der 31. bis 40. Arbeitsstunde um 10 Prozent. Das nahm die Belegschaft noch hin. Da der Appetit beim Essen kommt und die Firma an der Lohnkürzung Gefallen fand, machte sie von den Lohnabbaubestimmungen restlos Gebrauch und kürzte die Löhne um die verordneten 20 Prozent. Das war der Belegschaft zu viel. Sie verliess am Freitag den Betrieb weil die neuen Löhne ihr nicht mehr die Aufrechterhaltung ihrer Arbeitskraft gestatten.

Auffallend an diesem Konflikt ist, dass die Firma in der letzten Zeit stets Papens "aufbauwillige Elemente" bei der Einstellung von Arbeitskräften bevorzugte und früher im Betrieb befindliche freiorganisierte Arbeiter nicht berücksichtigte. Die bevorzugten Nazileute haben sich nun dem Abwehrkampf angeschlossen. Die Nazis markierten überhaupt in diesem, politisch noch nach Mitteldeutschland tendierenden, Gebiet die radikalen Schreier. Vor kurzem sagte der Nazireferent in einer Betriebszellenversammlung zu seinen Anhängern-Unternehmer, die von der Papen-Notverordnung Gebrauch machen, gehören aufgehängt. Bei dem Konflikt zeigt sich, dass sie die Unternehmer einstweilen noch nicht aufhängen. Die Nazischutzherrn, die nun ihre Anhänger gegen sich haben, mögen nicht wenig erstaunt sein, aber wir sind überzeugt, dass die Nazis bei der nächsten Gelegenheit, wenn sie wieder gegen die Arbeiterschaft kämpfen, wieder Gnade vor den Augen der Protektoren finden.

-----

SPD. Die Reichsbahndirektionen melden Neueinstellungen von Arbeitern in der Bahnunterhaltung auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms. So spricht die Reichsbahndirektion Halle davon, dass in der nächsten Woche etwa 1 300 Arbeiter eingestellt werden, und die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit, dass rund 2 200 Arbeiter zu zusätzlichen Oberbauerarbeiten eingestellt worden seien.

Diese Meldungen sind nichts anderes als Wahlmache. Sie wirken gegenüber der Tatsache, dass 52 000 Mann zunächst einmal gekündigt wurden, und dass, wenn es gut geht, vielleicht 24 000 Arbeiter für zwei Monate als Zeitarbeiter zu verschlechterten Arbeitsbedingungen Beschäftigung finden, geradezu lächerlich.

-----

SPD. In Deutschland wandern, wie auf der Tagung des Herbergverbandes festgestellt wurde, jährlich etwa 500 000 Männer und 12 000 Frauen aus allen Berufen, Ständen und Schichten. Für diese Wanderer stehen etwa 2 000 Betten in 34 Herbergen zur Heimat zur Verfügung. Im Jahre 1931 wurden diese von zusammen 283 039 Gästen in 464 215 Schlafnächten benutzt. Unter diesen Gästen waren 209 Jugendliche unter 16 Jahren und 6 700 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren.

-----

SPD. Der Allgemeine Niederländische Textilarbeiterverband hat trotz der Krise in den Jahren 1930 und 1931 nach seinem soeben erschienenen Tätigkeitsbericht noch um mehr als 3 500 Mitglieder zugenommen. Ende 1931 zählte er 15 200 Mitglieder. Die Einnahmen aus Beiträgen betrugen in den beiden Berichtsjahren insgesamt 510 000 Gulden. Im Jahre 1931 wurden an Streikunterstützung 238 800 Gulden ausgezahlt.

-----

# Wirtschaft Technik Handel

## Wintersorgen.

Warum macht man die Reserven in der Wirtschaft nicht für die Arbeitslosen nutzbar?

SPD. Allein in Westfalen liegen rund 8,5 Millionen Tonnen Kohle auf Halde, die man nicht verkaufen kann und die der Zerstörung durch die Witterung ausgesetzt sind. Hunderttausende von Bergleuten müssen feiern, haben keine Beschäftigung, sind den demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit ausgesetzt wie die Kohle der chemischen Zersetzung.

Wir haben eine Kartoffelernte von fast 45,50 Millionen Tonnen. Die Reichsregierung stellt Dutzende von Millionen zur Verfügung, um diese, angeblich nicht absetzbare Kartoffel in Branntwein zu verwandeln. Die Läger des Branntweinmonopols aber sind überfüllt, sodass für teures Geld fremder Lagerraum zum Unterbringen der Spritvorräte gemietet werden muss.

Andererseits gibt es Millionen Menschen in Deutschland, die dem kommenden Winter, der allem Anschein nach recht hart sein wird, mit Angst und Sorge entgegensetzen. Wo man sonst in normalen Jahren Kartoffeln einkellerte und den Kohlenvorrat für den Winter anlegte, steht man mit leeren Händen. Das bisschen, was nach den brutalen Drosselungen der Renten und der Unterstützungssätze übrig geblieben ist, reicht kaum, um das Leben von heute zu morgen zu fristen. An Einkellerung ist nicht zu denken. So stehen verzweifelte Menschen vor der deprimierenden Aussicht, im Winter frieren und hungern zu müssen.

Dabei könnte geholfen werden. Wir haben Kohle und Kartoffeln im Ueberfluss. Eine warme Stube ist das beste Gegengewicht gegenüber jener Verzweiflung, deren letztes Ende, leider in recht vielen Fällen, der Freitod ist. Das Merkwürdige ist, dass man die Reserven in der Wirtschaft, den Kartoffelüberschuss, die unverkäuflichen Kohlenhalden, das Ueberangebot an den Getreidemärkten, nicht zuletzt den überschüssigen Schweinebestand, nicht in einer Zeit, wo Not am Mann ist, aufzulösen und auszuwerten versteht. Wir haben im Lande Kohle, wir haben Kartoffeln, Getreide, Schweine. Das sind Dinge, mit denen man der Not schon Herr werden könnte. Aber die Ratlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft gleicht jener Mannschaft auf dem Goldschiff, das auf offener See Schaden erlitt, nun steuerlos ohne Nahrungsmittel dahintreibt: die Mannschaft muss verhungern, obwohl sie geradezu auf Gold geht und auf Gold schläft.

Schon im vorigen Jahr hat die Sozialdemokratie die Forderung aufgestellt, dass die Reserven in der Wirtschaft, die überschüssige Kohle, Kartoffeln, Schweine usw., dazu benutzt werden, um die Opfer der Krise, das Heer der Arbeitslosen, die Alten und die Kranken über den Winter zu bringen. Dieser ganz natürlichen Forderung haben sich die bürgerlichen Parteien verweigert. Es ist bei schwächlichen Versuchen geblieben, z.B. bei Versuchen der Kohlsyndikate, die Kohlenpreise gegenüber den Arbeitslosen zu verringern, obwohl die Kohlenpreise - das gilt vor allem für die Kohlebriketts, die Kohle des kleinen Mannes - weit übersetzt und weit überhöht sind. Nur der Moral und der Disziplin der deutschen Arbeiterbevölkerung ist es zu verdanken, dass der Winter 1931/32 ohne Komplikationen verlaufen ist. Wer will behaupten, dass das im kommenden Winter gerade so sein wird? Die Verzweiflung wächst - und

gegen die Explosionen dieser Verzweiflung gibt es kein Mittel.

Man wirft immer die Frage auf, wer die Gratislieferungen an Kohle, Kartoffeln usw. bezahlen soll. Bei der Kartoffel liegen die Dinge verhältnismässig einfach. Ob nun die Kartoffel von Arbeitslosen gegessen oder zu Fusel verbrannt wird, ist völlig gleichgültig. In beiden Fällen zahlt der Staat. Der Staat würde sogar noch, wenn er die Kartoffel gratis an die Arbeitslosen gibt, ein Millionengeschäft machen; denn er braucht ja in diesem Falle nicht Millionen aufzuwenden, um die unverkäuflichen Spritvorräte zu lagern. Im übrigen ist darauf zu verweisen, dass gerade jetzt das Reich im Begriff ist, der Landwirtschaft eine neue Riesensubvention von 250 Millionen Mark zu den anderen gigantischen Subventionen zu geben. Von diesem Geld wird der Staat nichts wiedersehen. Kann man nicht mit Fug und Recht verlangen, dass der bankrotte Grossgrundbesitzer, der nun vom Reich seit Jahren durch- und ausgehalten wird, sich einmal zu einer Verrechnung bequemt und dem Staat, der ihn so reichlich beschenkt, für einige hundert Mark Kartoffeln zur Verfügung stellt? Wir glauben, dass ist ein billiges Verlangen. Man soll die laufende Sanierungsaktion in der Landwirtschaft, die, wie bereits bemerkt, dem Reich 250 Millionen Mark kostet, so abstellen, dass die Landwirtschaft dafür Produkte hergibt, die sie ja angeblich doch nicht verkaufen kann. In diesem Falle wäre der Staat in der Lage, auch ordentliche und anständige Preise zu zahlen. Das alles ist so nahe liegend, dass man sich nur wundern muss, weshalb diese Idee noch nicht verwirklicht ist.

Ebenso liegen die Dinge bei der Kohle. Das Reich ist im Begriff, hunderte von Millionen Mark in die rheinisch-westfälische Montanindustrie zu stecken. Hier wird das Spiel so enden wie bei der Landwirtschaft. Der Staat wird von diesem Geld nichts wiedersehen. Es wäre sicher angebracht, wenn der Staat von der Kohlenindustrie fordert, dass sie ihm für die Subventionshilfe soviel Kohle zur Verfügung stellt, um den Arbeitslosen im Winter eine warme Stube zu beschaffen.

Dabei ergibt sich eine aussichtsreiche Möglichkeit für die Ankurbelung des rheinisch-westfälischen Bergbaus. Die Kohle, die gegenwärtig in Westfalen auf Halde liegt, ist zum grössten Teil für den Hausbrand nicht geeignet, weil es sich um ausgesprochene Industriekohle handelt, die in den Hausöfen - sie würden platzen - nicht verheizt werden kann. Wenn sich das Reich einen Teil der Subventionen an die Schwerindustrie durch Lieferung von Hausbrandkohle bezahlen liesse, so könnte man zehntausende von Bergleuten wieder in Arbeit und Brot bringen.

Die Forderung der Sozialdemokratie geht dahin, dass diese Selbstverständlichkeit von der Regierung bald in Angriff genommen werden.

---

SPD. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, die wirtschaftspolitische Spitzenvertretung der deutschen Landwirtschaftskammern, der unter Führung der Grossagrier steht, hat einen ganzen neuen Kontingentarif ausgearbeitet, nach dem so ziemlich jede Zufuhr an Lebensmitteln verhindert werden soll. Die Grossagrier sind gründlich und konsequent. In diesem zeitgeschichtlichen Dokument, das die Papen-Regierung und Freiherr von Braun zum Ausgangspunkt ihres Kontingentswahnsinns machten, heisst es wörtlich:

"Die Einfuhr von Eseln ist unbedeutend, der Bedarf an Eseln kann in Deutschland aus eigener Produktion gedeckt werden."

In zweibeinigen herrscht sogar zur Zeit Ueberproduktion.

---

SPD. Der Einheitsverband der Handel= und Gewerbetreibenden und freien Berufe in Leipzig, kurz Ehug genannt, verweist auf die Notwendigkeit einer radikalen Entlastung der Pächter gewerblicher Betriebe. Er hat bereits mit den in Frage kommenden Stellen Fühlung genommen, um diese Entlastung einzuleiten; insbesondere wird mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darüber verhandelt, das Pachtschutzgesetz auf gewerbliche Pachten auszudehnen. Der Ehug fordert u.a.:

1. Allgemeine Senkung der Pacht= und Mietpreise für gewerbliche Räume auf den Stand, der der angemessenen Verzinsung des Steuerwertes des verpachteten bzw. vermieteten Unternehmen entspricht.
2. Schutz vor Kündigung und Exmittierung von Gewerbetreibenden, die nicht durch schuldhaftes Verhalten, sondern durch die Not der Zeit mit dem Pacht= oder Mietzins in Rückstand geraten sind, besonders in den Fällen, in denen ein übermässig hoher Pacht= oder Mietzins vom Verpächter oder Vermieter abverlangt wurde.
3. Aufwendungen des Pächters bzw. Mieters, die er zur Erhaltung und besseren Ausnutzung der gepachteten oder gemieteten Räume gemacht hat, sind bei Ablauf des Vertragsverhältnisses vom Verpächter bzw. Vermieter zu ersetzen.

Den kleinen Mann, den kleinen gewerblichen Pächter, drückt der Schuh eben so sehr wie den landwirtschaftlichen Pächter. Deshalb kann der Ehug damit rechnen, dass die Sozialdemokratie mit allen Kräften für ihre Forderungen eintritt. Wir wünschen der Organisation bald vollen Erfolg.

-----

SPD. Der Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie hat sich in Frankfurt/Main u.a. auch mit der Preisbildung in der Schuhwarenindustrie beschäftigt. Es wurde darauf hingewiesen, dass der amtliche Grosshandelsindex für Schuhwerk heute um 6,5 % unter dem Vorkriegsstand liege. Andererseits sei in der letzten Zeit eine starke Verteuerung der Selbstkosten, vor allem des Rohmaterials eingetreten, sodass mit einer Steigerung der Schuhwarenpreise gerechnet werden müsse.

Man wird zugeben müssen, dass Schuhwaren unter den Verbrauchsgütern mit die stärkste Preissenkung während der Krise erfahren haben. Wenn sich nun der Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie mit Projekten trägt, die Schuhpreise zu erhöhen, wird er wohl die Erfahrung machen müssen, dass die Preisbildung zu guterletzt von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängt. Diese lässt aber, ohne Gefährdung des Umsatzes, wohl fürs erste keine Preissteigerung zu.

-----

SPD. Das Reichsstatistische Amt gibt den Welthandel, der die Ein- und Ausfuhren von rund 48 Ländern berücksichtigt, für das erste Halbjahr 1932 mit 77,8 Milliarden an (41,6 Milliarden Einfuhren und 36,2 Milliarden Ausfuhren). Danach ist der Welthandel im ersten Halbjahr 1932 gegenüber dem der selben Zeit des Vorjahres um nicht weniger als 33 % zurückgegangen. In den beiden Vorjahren betrug der Rückgang je 28 %. Der jetzige Umfang des Welthandels macht nur noch zwei Fünftel des 1929 erreichten Höchststandes aus und liegt um etwa ein Drittel unter dem Halbjahresdurchschnitt von 1913.

-----

Nicht behauptet.

(Berliner Getreidebörse vom 14. Oktober)

SPD. Am Freitag war die Stimmung an der Berliner Produktenbörse etwas ruhiger. Die höchsten Kurse des Vortages konnten sich nicht behaupten. In Weizen herrschte wieder vermehrtes Angebot; jedoch zeigten die Mühlen nur Neigung, zu ermässigten Preisen Ware abzunehmen. Am Promptmarkt fanden einige Umsätze zu um  $\frac{1}{2}$  Mark niedrigeren Notierungen statt, auch am Markte der Zeitgeschäfte waren ähnliche Preisrückgänge festzustellen. Roggen dagegen konnte seinen Kurs für prompte Ware wieder behaupten, da einmal das Angebot weiter gering blieb, andererseits auch die Stützungsstelle schärfer eingriff. Lediglich am Markte der Zeitgeschäfte waren auch die Roggennotierungen etwas rückläufig. Mehl hatte weiter sehr ruhiges Geschäft bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Für Hafer war die Tendenz stetig. Das Angebot blieb ausreichend, zu unveränderten Preisen fand laufendes Bedarfsgeschäft statt. Am Gerstenmarkt hatte sich nichts geändert.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | <u>13.10.</u>                  | <u>14.10.</u> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|---------------|
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | (ab märkische Station in Mark) |               |
| Weizen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | 199 $\frac{1}{2}$ - 201        | 199 - 201     |
| Roggen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | 156 - 158                      | 156 - 158     |
| Braugerste                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | 175 - 185                      | 175 - 185     |
| Futter- und Industriergerste                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | 167 - 174                      | 167 - 174     |
| Hafer                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | 134 - 139                      | 134 - 139     |
| Weizenmehl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | 25,00 - 28,50                  | 25,50 - 28,50 |
| Roggenmehl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | 20,30 - 22,80                  | 20,20 - 22,80 |
| Weizenkleie                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | 9,40 - 9,75                    | 9,40 - 9,75   |
| Roggenkleie                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | 8,40 - 8,80                    | 8,40 - 8,80   |
| Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Oktober 212 $\frac{1}{2}$ - 212 $\frac{3}{4}$ Geld (Vortag 213), Dezember 212 $\frac{1}{2}$ - 212 $\frac{1}{2}$ (213), März 216 (216 $\frac{1}{2}$ ), Roggen Oktober 164 $\frac{1}{2}$ - 165 Geld (165), Dezember 165 - 165 $\frac{1}{2}$ (165 $\frac{3}{4}$ ), März 168 $\frac{1}{2}$ (169 $\frac{1}{2}$ ), Hafer Dezember bis 142 $\frac{1}{2}$ , März 145 $\frac{1}{2}$ - 146 Geld (145 $\frac{1}{2}$ ). |                                |               |

Berliner Viehmarkt.

(14. Okt.)

SPD. Auf dem Schweinemarkt gab es bei erheblich vermindertem Auftrieb und bei im grossen und ganzen glattem Handel zum Teil Preisaufbesserungen. Jedoch mussten auch Preisabflachungen in Kauf genommen werden. Ebenso unheimlich war der Verlauf des Geschäfts am Hammel- und Kälbermarkt. Auf die Rinderpreise drückte das stärkere Angebot.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 46 - 48 (47-48), b) 240 - 300 Pfd. 43 - 46 (44-46), c) 200-240 Pfd. 41-44 (41-44), d) 160-200 Pfd. 38 - 41 (38-40), e) 120 - 160 Pfd. 36 - 37 (35-37), Sauen 38-40 (38-40), Schafe: a) 29-30 (30-31), b) 32 - 34 (33-35), c) 28-31 (28-32), d) 15-16 (14-25). Kälber: b) 45-53 (48-55), c) 35-47 (38-50), d) 20-28 (20-30). Kühe: a) 24-25 (24-25) b) 19-23 (20-23), c) 16-18 (16-19), d) 10-15 (10-15).

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S. P. D.

Berlin, den 14. Oktober 1932

## Die letzten Opfer.<sup>x</sup>

SPD. In eine flache Bodensenkung gebettet liegt das kleine nordfranzösische Dorf. Etwa ein Dutzend Gehöfte, nach einem einheitlichen Bauplan errichtet, ziehen sich längs der Strasse hin; freundlich leuchten anstelle der alten strohgedeckten Gebäude die hellgetünchten Wände und roten Ziegeldächer der neuen, massiven Wohnhäuser, Ställe und Scheunen. Ringsum erstrecken sich die Felder; hell und leicht schmiegt sich das Grün der Wiesen neben die schwarze, verheissungsvolle Schwere der frischgepflügten Aecker, deren Schollen herber Erdgeruch entströmt. Abseits vom Dorfe liegt der Bahnhof, der nur aus einem niedrigen, offenen Schuppen besteht. Zweimal täglich passiert ihn der Zug der Kleinbahn, doch nur selten kommt es vor, dass einer der Dorfbewohner ihn benutzt, um in die Stadt zu fahren. Ruhig und zufrieden leben sie auf ihrem Dorfe, in ihren neuen, geräumigen Häusern; still gehen sie ihrer Arbeit nach. Sie haben alles, was sie brauchen, sie verspüren keine Sehnsucht nach der Stadt, deren Getriebe ihnen fremd ist, in der sie sich niemals wohl fühlen können. -

"Brrr!" macht der Bauer Crouvelles und zieht die Zügel an. Schweifällig klettert er vom Wagen herunter. Sein Sohn ist schon vorher herabgesprungen und schirrt die Pferde aus. Beide gehen an ihre Arbeit, der Junge nach links, der Alte ans andre Ende des Ackers, dorthin, wo er von einer Reihe von Bäumen begrenzt wird, hinter denen ein Flüsschen entlangfließt. Die Sonne...

Es sind junge Bäume, die dort stehen, mit dürftigen Kronen und schwachen Stämmen. Vor wenigen Jahren erst hat sie der alte Crouvelles angepflanzt, als Ersatz für die alten, die hier standen, bevor eines verfluchten Tages das Morden an der Sonne begann, schwerkalibrige Granaten heranheulten, die Kronen der Bäume zerfetzten, ihre Wurzeln aus der Erde rissen und nichts zurückliessen als eine zerwühlte, stahlsplitterübersäte, trostlose Fläche. Die Bäume, die jetzt dort stehen, sind jung, aber André Crouvelles, der sie pflanzte, ist alt und müde seit dem Kriege, dessen verlogene Glorifizierung seinem Herzen fremd, und dessen zerstörende Sinnlosigkeit seinem Bauernhirn unfassbar geblieben ist. Gewiss, man hat ihm seinen Acker wiedergegeben, das zerstörte Haus neu aufgebaut, - aber wird dadurch das Sinnlose sinnvoll? Der Fluch zum Segen? Nein! -

"Vater-!" ruft Pierre herüber und winkt aufgeregt, "komm schnell her!" Während der Alte hinläuft, überlegt er, was Pierre wohl entdeckt haben mag, dass er so ausser Fassung geraten ist. Einen Stahlhelm, ein verrostetes Seitengewehr, ein Geschoss...? Wohl kaum. Das alles wäre nichts Besonderes hier auf diesen Feldern, über die jahrelang der Krieg gegangen ist; diesen Feldern, über die man, auch als längst der Friede gekommen war, keinen Schritt tun konnte, ohne auf Spuren des Vergangenen zu stossen. Auf Kriegsgerät, das der Bauer hasste, weil er unbewusst die tiefe Symbolik empfand, die darin lag, wenn rostige Eisenteile seinen Pflug stumpf und schartig werden liessen. Jetzt waren die Funde seltener geworden, seitdem Jahr um Jahr die Aecker wieder bestellt wurden...

"Hier, Vater!" Pierre zeigte auf ein Loch in der Erde. Dann stehen sie schweigend und sehen auf das, was sich ihrem Blick darbietet. Vermorschte Balken ragen aus dem Erdreich. Sie haben der Last, die auf ihnen ruhte, nachgegeben, sind zusammengestürzt und geben den Blick frei in einen Unterstand, den eines Tages ein Volltreffer verschüttet haben mag. Ein Gewehrschaft ragt verkehrt aus der Erde. Daneben schimmert es gelblich. Knochen - - -

"Hol' den Spaten", sagt der Alte heiser zu seinem Sohne.

Gestern haben sie die Erdhöhle entdeckt und die Gebeine freigelegt: Es waren die von vierzehn Soldaten. Bei einigen fanden sie noch die Erkennungs=marken. Auf dem Wagen haben sie die Ueberreste der Verschütteten ins Dorf gefahren, ins Spritzenhaus. Heute früh hat man sie in Särge gebettet, die jetzt auf dem kleinen Bahnhof stehen, um in den Zug verladen zu werden, der sie nach dem grossen Soldatenfriedhof bringen soll.

Düstere Stimmung liegt über dem Dorfe. Aus dem Fenster der Mairie hängt die Trikolore. Ein schwarzer Trauerflor ist an dem Fahnentuch befestigt. Schwerfällig, mit scheuen Gesichtern, verrichten die Dorfbewohner ihr Tagewerk: Wie ein dumpfer Druck lastet es auf allen. Es ist, als stiege aus der Grube draussen auf dem Acker und aus den vierzehn schmucklosen Särgen noch einmal das ganze, grenzenlose Entsetzen jener vergangenen Jahre, alles Ausmass von Tod, Verzweiflung und Qual; als zeige der Krieg noch einmal sein fürchtbares Gesicht und lege sich lähmend auf alles Leben...

Früh beenden sie diesmal ihre Arbeit, und Abends, zur Abfahrt des Zuges, versammeln sich alle Dorfbewohner am Bahnhof. Schweigend verladen die Männer die traurige Fracht. Dann treten sie zurück und nehmen die Mützen ab, während der Wagen mit den Särgen vorüberfährt. André Crouvelles beugt sich zu seinem kleinen Enkel, der neben ihm steht, herab und sagt fast drohend: "Nie wieder! Hörst du: Nie wieder!" Noch begreift der Kleine nicht den Sinn der Mahnung, aber unbewusst erschauert er vor der Tragik der Szene und dem düsteren Ernst der Worte, die sich seinem Gedächtnis unauslöschlich einprägen, und deren Bedeutung sich ihm Jahre später, wenn er erst reif geworden ist, offenbaren wird: Nie wieder! -

In der Ferne verklingt das Rollen des Zuges. Ein kühler Wind kommt von der Somme her über die Felder. Ganz hinten sieht man gegen den Abendhimmel die Silhouetten der Bäume, die den Acker der Crouvelles begrenzen.

"Komm", sagt der Alte und fasst die Hand des Kleinen. - - -

Walter Schirmeier.

---

### Das Tor des Südens.<sup>x</sup>

---

SPD. Fast alle Reisen nach dem dunklen Erdteil beginnen in Marseille. Der neue Hafen liegt stets voll grosser, buntbeflaggter Schiffe aus aller Herren Ländern, die Menschen auf Fracht ausspeien und neue Ladung aufnehmen. Die vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein mit Autos, Karren und Rädern vollgepfropften Kais und die weiten Lagerhallen zeugen auch heute noch von gewinnbringendem Handel, und die Krise wird nicht zu dem schreckerfüllenden Schaubild wie im toten Hafen von Hamburg. Hier ist der grosse Umschlagsplatz, der Wendepunkt zwischen Europa, Afrika und Asien.

Auswandererschicksale beginnen in den Läden und Kneipen am Hafen mit schlechten Arbeitskontrakten, ersten Einkäufen für eine ungewisse Zukunft und letztem Ausleben im guten, alten Europa. Matrosen benutzen den kurzen Aufenthalt zu einem ausgiebigen Bummel, und überall wimmelt es von französischen Kolonialsoldaten in allen Hautschattierungen, vom tiefen Schwarz eines süd=afrikanischen Negers bis zum Kakoo Braun des Arabermischlings.

Das Herz der Stadt ist und bleibt das Viertel um den alten Hafen. Stolze Segelschiffe und lange Reihen kleiner Fischkutter liegen in der geschützten Bucht, die von der ruhmreichen Geschichte Marseilles erzählt, das schon im Altertum seine Bedeutung hatte und im Mittelalter grosse Kaufherrengeschlechter hervorbrachte, die einen schwunghaften Handel mit dem nahen Orient trieben. Die alten Patrizierhäuser dieser Herren stehen jetzt verfallen zwischen elen=

den Mietskasernen.

Steil gehen die engen Gassen der Altstadt vom Hafen in die Höhe. Sie sind kaum ein paar Meter breit und den ganzen Tag erfüllt von einer schreien- den Menschenmenge. Kinder, Katzen und Hunde gibt es am meisten in diesen Elends- quartieren, und alle zusammenwälzen sich in dem entsetzlichen Schmutz, der aus den Häusern, von Marktständen und Händlern einfach auf die Strasse gewor- fen wird. Die einzige Kanalisation ist ein aus Brunnen gespeister Bach, der in der Mitte der Gasse in einer Rille herunterläuft und in gleicher Weise Abort und Müllhaufen ersetzt. Dazu der Gestank der herumhockenden Käse- und Fischhändler, die überall von Haus zu Haus flatternde Wäsche und die schwarz- haarigen, braunen Menschen; gewiss ein Bild, das für Liebhaber einen maleri- schen Zauber birgt. Breithüftige, dicke Weiber stehen an den offenen Stein- brunnen über den Trögen, und an hellen Eckplätzen hat irgend ein Zauberkünst- ler oder ein Marionettentheater seine Bühne aufgestellt.

Schlimmer sieht es aus, wenn man in die Häuser hineinschaut, die Menschen betrachtet, wie sie hier hausen, wie oft ganze Familien in einem Räume mit zwei Betten und ein paar Stühlen zusammen leben. Schlimme Krankheiten verber- gen sich in diesen Wohnhöhlen, und auf einmal verschwindet der Glanz der süd- lichen Romantik, und nur noch das Elend grinst uns an. Die Gasse ist die Heim- mat dieser Aermsten; da hocken sie zusammen und arbeiten, erzählen, lieben und hassen sich.

Zwischen dem alten Hafenviertel und der strahlenden Cannebière, der be- rühmten Hauptstrasse Marseilles, liegen heute weite Bauplätze. Die alten Häuser hat man eingerissen, und zur Errichtung der geplanten neuen Geschäfts- paläste ist weder Geld noch Mut vorhanden. So spielen auf den offenen Plätzen am Nachmittag ehrwürdige Männer mit dicken Eisenkugeln ein Geschicklichkeits- spiel, ähnlich unserm Kegeln. Sie ziehen ihre Röcke aus, und Bürger und Ar- beiter werfen zehn Minuten lang gemeinsam um die Wette, um dann wieder jeder seiner Wege zu gehen. Eine kindliche Freude, zu der diese Männer noch fähig sind.

Am Abend glitzert die Cannebière von leuchtenden Reklameschildern, über- füllten Cafés und hellen Schaufenstern. Aber schon in den Seitenstrassen ist Leere und Dunkelheit. An der massigen Kathedrale drücken sich nur noch ver- schämte, Einsamkeit suchende Liebespärcchen in die schweigsamen Ecken, und selbst in den Altstadtgassen geht alles früh zu Bett. Einige Männer sitzen noch auf niedrigen Hockern vor ihrer Tür, aber nur, um schnell die letzte Pfei- fe zu rauchen. Alle paar Schritte aber springt ein Katzenvieh über den Weg, und in den Abfallhaufen der Gemüse- und Fleischhändler wühlen ganze Scharen ungestört nach fressbaren Resten.

Plötzlich eine Stimme aus der Dunkelheit. Im niedrigen Türrahmen steht eine Frauengestalt und deutet nach innen. "Monsieur, Mister", ruft sie uns nach. Die nächsten Mädels wollen uns festhalten, und hinter der nächsten Ecke leuchten die wenigen Schilder der grossen Bordellhäuser. Krachende Jazzmusik schallt aus den rosarot beleuchteten Räumen. Dicke Kuppelmütter locken die Vorübergehenden mit reizvollen Versprechungen. Matrosen, Neger, Araber und weisse Hafenarbeiter schlendern gewichtig durch die Drehtüren. Sechs Francs kostet drinnen eine Flasche schlechtes Bier, und mancher kommt aus diesen Neppladen mit leerem Geldbeutel ernüchtert wieder heraus. Es ist da nicht mehr und nicht weniger gut oder schlecht als in andern Hafenstädten, und die übertriebenen Erzählungen vom besonders lasterhaften Marseille sind wohl mehr die Wunschträume gewisser Reisender. Freilich, es mischt sich auch in der Lie- be hier die ganze Welt, und Abenteuerlustige mögen wohl zu ihrem Rechte kom- men.

Am Tage aber wandelt der Seemann, der Stürme und gefährliches Klima gut überstanden hat, hinauf zur Notre Dame de la Garde. Auf kahlem Felsen steht diese schönste Kirche der Seefahrer, und ihr goldenes Marienstandbild blickt weit über Meer und Land. Wer sich besonders verpflichtet fühlt, steckt eine

Kerze zu Ehren der heiligen Jungfrau an, und viele haben aus Dankbarkeit für Rettung aus höchster Not Modelle ihrer Schiffe und Flugzeuge gestiftet. So ähnelt das Innere mehr einem Marinemuseum. Nonnen in weissen Kutteln verkaufen Amulette und Andenken. Eine Viertelstunde lang wird der rauhe Seebär aus Indien, Afrika oder auch von Nordeuropa fromm, ehrfürchtig und sentimental. Vielleicht ist auch das notwendig.

Geht man von hier aus nicht den üblichen Weg zurück, sondern wandert durch Gärten und über ausgedehnte Hügel nach Osten zur Küste, so sieht man ein ganz anderes Marseille. Leere Strassen, durch die nur ab und zu ein Auto fährt. Elegante angezogene Menschen und versteckte Villen hinter Blumensträuchern und hohen, schattigen Bäumen. Hier haben sich die Vornehmen von heute eingerichtet. Weitab vom Lärm und Getöse des Hafens, mit freiem Blick auf das klare, von keinem Fabrikschlot oder Dampferschornstein verdüsterte Meer. Am Strande tummelt sich die "goldene Jugend" der Stadt: hübsche, gepflegte, schlankke Mädels und braungebrannte, kräftige Männer. Es ist der erste Vorposten der Riviera, und fast glaubt man sich nicht mehr im alten Marseille, wenn man durch die neuen Wohnviertel mit ihren modernen Mietshäusern, Autogaragen und breiten, schattigen Boulevards kommt. Und doch wurzelt auch dieser Teil in der Arbeit des Hafens. Aus dem Schweiss der Kulis und den grossen Handelsgewinnen mit den Kolonien, von denen die Arbeiter nur Schmutz und schlechte Entlohnung abbekommen, wachsen Bankkonten, Autos und prächtige Villen. Es ist das Gleiche wie in allen kapitalistischen Ländern; nur ist der Gegensatz hier schroffer und ungezügelter.

Karl Moeller.

---

### Hundert Jahre Zündholz.<sup>x</sup>

---

SPD. Am 21. Oktober dieses Jahres sind hundert Jahre vergangen, seitdem zum ersten Male in Deutschland Sicherheitszündhölzer zum Kauf angeboten wurden. In der "Schwäbischen Chronik", die zu Frankfurt am Main erschien, konnte man damals eine Anzeige lesen, die geeignet war, Aufsehen zu erregen. Die Firma Friedrich Beckenhäuser Sohn bot den Lesern "Friktionszündhölzer" an, die eine wesentliche Erleichterung der bis dahin so schwierigen Kunst des Feueranmachens sein sollten und in der Tat auch waren. Das Aufkommen der Streichhölzer war eine Revolution. Feuerstein und Schwamm wurden durch die unscheinbaren Hölzchen entthront. Aber diese dünnen mit Phosphorhütchen versehenen Stäbchen haben dazu geführt, dass ganze Wälder in die Zündholzfabriken wanderten, ja, dass sich auf der Herstellung des Zündholzes ein weltumfassender Trust aufbauen konnte, der auch nach dem Selbstmorde des grossen Hochstaplers Ivar Kreuger hinsichtlich seiner Produktion nicht erschüttert ist. Trotz des zunehmenden Gebrauches elektrischen Strömes hat die Bedeutung des Zündholzes in unsern Tagen nicht nachgelassen.

Das so einfache aussehende Zündholz ist nicht sofort fix und fertig da gewesen. Auch hier hat es wie bei allen technischen Errungenschaften einer mühseligen Entwicklungsarbeit bedurft, bevor das endgültige und befriedigende Ergebnis erreicht wurde. Seit Jahrtausenden hatte sich die Feuererzeugung grundsätzlich kaum geändert. Feuer war nicht umsonst den Völkern ein kostliches Gut, das göttlicher Herkunft war. Es liegt ein tiefer Sinn darin, wenn die griechische Sage Prometheus zur Strafe für den Raub des heiligen Feuers ein Opfer der Götterrache werden lässt. Die Menschen der Steinzeit erzeugten das ersehnte Feuer durch mühseliges Zusammenschlagen von Feuersteinen. Schon die Bewohner der Pfahlbauten haben, wie vorgeschichtliche Funde beweisen, die Kunst gekannt, mit Hilfe von Feuerstein und Zunder die wärmespendende Flamme zu erzeugen. Auf diesem Stande ist die Feuererzeugung Jahrtausende lang ge-

blieben. Auch die Verwendung von Hölzern, die mit Hilfe eines Drillbohrers infolge der Reibung zur Entzündung gebracht wurden, oder die Verwendung von Stahl änderte wenig an dem grundsätzlichen Verfahren.

Gegenüber allen diesen umständlichen Methoden war das Anstreichen eines Zündholzes natürlich eine Spielerei, eine ungeheuerliche Arbeitsentlastung. Die Versuche, ein solches Reibungszündholz zu schaffen, gehen bis auf das Jahr 1805 zurück. Damals stellte der Pariser Chemiker Chancel Zündhölzer her, die mit einer Masse aus Schwefel, Harz und Kaliumchlorat bestrichen waren. Wenn man diese Wunderhölzchen in konzentrierte Schwefelsäure tauchte, so wurde der Sauerstoff entzündet. Chancel benutzte auch eine mit Schwefelsäure getränkte Asbestmasse zum Zünden, was bereits wieder einen kleinen Fortschritt darstellte. Aus dem Jahre 1816 wird berichtet, dass ein gewisser Desrosne Phosphorzündhölzchen hergestellt habe, die aber für den praktischen Gebrauch noch nicht geeignet waren. 1825 soll dann der Engländer J. T. Cooper Zündhölzer unter Verwendung von Schwefel und Phosphor für seinen eigenen Haushalt hergestellt haben. Zwei Jahre später hören wir dann, dass ein braver Apotheker, der zu Stockholm von Tees wirkte, "Friction matches", Reibezündhölzer, hergestellt habe, deren Zündmasse aus Schwefel und Knallsilber bestand. Schmirgelpapier diente als Reibefläche. Am 20. November 1832 liess sich der Engländer Jones Reibezündhölzer patentieren, deren Zündkuppe aus einer Mischung von chlorsaurem Kali, schwarzem Schwefelantimon und einem tierischen Leim bestand. Diese Zündhölzer kamen unter dem bezeichnenden Namen "Lucifer Matches", Teufelszündhölzer, in den Handel. Es steht fest, dass dieses Teufelszeug aber schon vor der Patenterteilung verkauft wurde. Um diese Hölzer handelte es sich auch wohl in dem oben wiedergegebenen Inserat.

In den "Unterhaltungen und Mitteilungen für Bayern" ist im Juli 1831 eine Anzeige des Aktionärs Willberger zu finden, der Feuerzeuge anbietet und dabei auch erklärt, auf Verlangen Phosphorhölzer liefern zu wollen. In Deutschland beschäftigte sich ein rühriger und vielseitiger Mann, J. Fr. Kammerer, mit der Herstellung brauchbarer Zündhölzer. Kammerer war nacheinander Siebmacher, Hutfabrikant, Händler und Fabrikant chemischer Waren zu Ludwigsburg in Württemberg gewesen. In der Zeit von 1828 bis 1832 gelang es ihm wahrscheinlich, seine Zündhölzer in einwandfreier Weise herzustellen. In vielen Veröffentlichungen wird er daher als "der" Erfinder der Reibezündhölzchen bezeichnet. Gerade die Geschichte des Zündholzes zeigt jedoch, dass die Zeit reif für diese Erfindung war, sodass der Gedanke in vielen Köpfen gleichzeitig reifte. Kammerer richtete auch eine Zündholzfabrik ein, die 40 Personen beschäftigte. Seine Hölzer erfreuten sich grossen Absatzes, wenn ihm auch die Polizei manchmal Schwierigkeiten wegen der Feuergefährlichkeit bereitete. Als Kammerer sich gar noch 1833 politisch missliebig gemacht hatte, wurde er verhaftet und auf die Festung Hohenasperg gebracht. Um weiteren Verfolgungen zu entgehen, flog er 1838 nach Zürich und gründete hier eine neue Fabrik. Als er 1843 begnadigt wurde, kehrte er zwar nach Ludwigsburg zurück, aber ein Gemütsleiden hatte seine Schaffenskraft untergraben.

In der Zwischenzeit waren überall, besonders in Oesterreich, Konkurrenzunternehmen entstanden. So war dem österreichischen Chemiker Joseph Siegel am 10. September 1832 ein Privileg erteilt worden, auf die Erfindung, sowohl die gewöhnlichen als auch die Friktionszündhölzchen in der Art zu verfertigen, dass dabei "Wohlfeilheit und die grösste Vollkommenheit in der Qualität erreicht sei", und wobei auch der Vorteil erzielt wird, dass die Friktionshölzchen, welche ohne Beimischung von Phosphor oder Knallsilber erzeugt werden, auch nach vielen Jahren in ihrer Qualität nichts verlieren. Der ungefährliche rote Phosphor wurde 1847 von Schrötter entdeckt. 1848 stellte der deutsche Chemiker Boettger die ersten Sicherheitszündhölzer her, die aber mit ihrer fabrikmässig dazu gelieferten Reibfläche keinen Anklang fanden. Erst als die Boettger-Hölzer von weit her, nämlich aus Schweden, nach Deutschland kamen, führten sie

sich hier ein. Die Schwedenhölzer aber eroberten sich auf Grund einer deutschen Erfindung den Weltmarkt. Das kleine, unscheinbare Zündholz verkörperte bis zu Kreugers unseligem Ende eine Weltmacht. Staaten waren bereit, sich aus den angeblichen Gewinnen des Zündholztrusts finanzieren zu lassen. Die Maschine liess das Zündholz myriadenfältig auferstehen, sodass es das Fundament der phantastischsten Finanztransaktionen werden konnte, die die Welt je gesehen hat. Und es mutet an wie ein seltsames Symbol, dass diese Riesenmacht eines Tages genau so in Asche zerfiel wie ein Zündholz, das nach kurzem Auf-flammen kraftlos verglimmt.

W.M.

### Römisches Winzerfest.<sup>x</sup>

Von unserm römischen Korrespondenten.

SPD. Der Rausch, der aus Fülle und Duft der reifen Trauben steigt im reichen Lande, ist wohl schöner noch als der Rausch aus jungem Wein. Seit je waren darum diese besonnenen Herbstwochen die Zeiten der römischen Bacchanalien. Waren es bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein. Sind es, in ihrer gewandelten Art, heute noch geblieben. Heute wie damals sind es riesige Volksfeste; man nennt sie nur anders: Winzerfeiern oder Kirmess der Trauben oder wie sonst immer. Und die schönen kleinen Nester auf den Rom umziehenden Bergen der Castelli Romani überbieten sich in solchen Feiern diese Wochen hindurch. Marino, nicht minder berühmt als Frascati, steht allen voran.

Durch die Campagne, dann immer an hängenden Weingärten vorbei, hügelhinan geht die Fahrt. Auf dem Felshange liegt das Städtchen, mit breiten Strassen, grossen, weiten Plätzen, vorspringenden Terrassen: der Blick geht weit in diese beseligende Landschaft der stillen Heiterkeit des Herzens, den Zug der klaren kreisförmigen Bergkette hin, die grüne Heide entlang nach der Silhouette der ewigen Stadt. Diese Landschaft eines sommerwarmen Oktobersonntags schenkt heidnische Trunkenheit, auch ohne dass Feste gefeiert werden.

Aber gefeiert wird von Morgens bis in die Nacht. Böllerschüsse begrüssen den Tag, Kapellen blasen und flöten auf Plätzen und Strassen. Die katholische Kirche, die sich auch des Bacchuskultes angenommen hat, stellt die feierliche Prozession am Morgen, segnet den jungen Wein. Und auf dem Platze vor der Kirche steht der haushohe riesige Korb, angefüllt, den hand köstlich überquellend, mit einem Berge von Weintrauben. Von diesem Märchenberge dürfen gratis alle die Tausende essen, die aus Rom und den Nachbarorten herbeidrängen. Sie finden Pferderennen, Lotterien, eine festlich geschmückte Stadt und neben den Trauben auch gratis den Wein. Denn das ist hier noch wie bei jenen mittelalterlichen Feiern, von denen alte Chroniken berichten: aus den Brunnen fliesst der Wein, roter und weisser, wonach es nur jemanden gelüste. Die schöne alte Fontana dei Mori, die sonst ein öffentlicher Brunnen ist, von dem die Frauen, den hohen kupfernen Krug auf dem Kopfe, das Wasser holen, ist heute ein öffentlicher Weinbrunnen geworden. Mit starkem Dufte fliesst der weisse Wein heraus, und vom frühen Nachmittag an darf jeder seinen Becher füllen. Und auf einem andern Platze fliesst roter Wein, dass es eine Lust ist...

Da fahren nicht nur die Züge und Trambahnen lebensgefährlich überfüllt in das gastliche Städtchen; da sausen Hunderte und Hunderte Autos daher, private und römische Taxis (denn an solchen Tagen spielen die kleinsten Beamten und jüngsten Burschen die grossen Herren und lassen sich nicht lumpen). Das drängt sich alles die Strassen, die Plätze hinauf und hinab, ist lustig und singt, "steht spazieren" in Gruppen (denn in der Sonne spazieren "stehen" ist viel beliebter als spazieren gehen.) Das neckt sich und klettert an Balkonen hinauf, die alle festlich überladen sind mit der Märchenfülle grosser herum-

unterhängender Trauben. Und die Frauen lachen von den Balkonen herab und sehen den Meisterkletterern zu. Alles ist seltsam kindlich. Ueber allem schwebt diese heidnische Trunkenheit. Aber niemand, bis in den späten Abend hinein, ist ordinär betrunken, obgleich der Wein aus den Brunnen fliesst...

Sie sind lieb miteinander und spielerisch wie Kinder, beschimpfen sich nicht, stossen sich nicht dort, wo Polizisten in mittelalterlich verschollenen Uniformen die Trauben die Leiter hinab vom Korbe reichen, wo an den Brunnen die Menge lachend steht und einer nach dem andern sich den Becher füllt.

Das ist wirklich schön anzuschauen. Und der seltsame Zusammenklang, der so natürlich hier geworden ist, der Zusammenklang von Landschaft, Kindertanz um den Traubenberg vor der Kirche und abendlicher Messe drinnen, mit Orgelklang, frommen Sang, feierlichen Responsorien, die durch die offenen Türen in die Menge schallen - er hat eine sinnvolle Harmonie der grossen Selbstverständlichkeit bekommen.

Schon dröhnen in die Abendmesse neue Böller aus wachsender Dunkelheit. Musik spielt. Licht flammt auf. In hunderten Fünfspitzsternen, den Davidzeichen zum Verwechseln ähnlich, flammen Strassen und Plätze auf. Die grosse Bacchusprozession beginnt. Zwölf weisse umbrische Ochsen, herrlich geschmückt, ziehen den grossen Karren. Was dargestellt wird, ist im Grunde gleichgültig, denn es ist und bleibt immer eine Ehrung des Gottes Bacchus.

Vom Weinduft ist die ganze Luft erfüllt. Trauben liegen auf Strassen, auf Tischen, in allen Winkeln. Bespritzt vom süssen Traubenblut sind Gesichter von Kindern und Grossen. Von den Balkonen singt es, von den Hängen, aus den Gärten, aus phantastisch auffunkelnden Winkeln. Die Nacht selber singt das tiefe bacchische Lied der Erdenlust..., die es noch gibt, die es wahrhaftig noch gibt, die es zuweilen hier noch gibt!

---

SPD. Ein geteilter Komet.<sup>x</sup> Am 20. Juni d.J. entdeckte der Astronom Newman vom Lowell-Observatorium in Arizona einen lichtschwachen Kometen von der 13. Grössenklasse mit nur geringer Ausstrahlung, der im Fernrohr wie ein runder Nebelfleck aussah. Dieser Komet hat bisher seine geringe Helligkeit nicht verändert. Bald darauf veröffentlichte der Astronom Schmitt einen Beobachtungsbericht, nach welchem er am 25. Juni in der Nähe des Kometen Newman ein lichtschwaches, ebenfalls kometenartiges Objekt gesichtet hatte. Diese Entdeckung ist inzwischen von andern Beobachtern bestätigt worden. Von diesem neuen Kometen Schmitt, der die Bezeichnung 1932 h erhielt, liegen einstweilen erst wenige Beobachtungsangaben vor. Sie lassen aber erkennen, dass er ungefähr dieselbe Bewegungsrichtung hat wie der Komet Newman. Man hält es deshalb für wahrscheinlich, dass beide Kometen ursprünglich zusammengehörten und früher einer gewesen sind, der sich bei seiner Annäherung an die Sonne aufgelöst hat. Diese interessante Erscheinung, die im allgemeinen selten ist, konnte schon bei mehreren Kometen beobachtet werden.

---

SPD. Das Versagen von Leuchtuhren.<sup>x</sup> Schon mehrfach konnte in Tunneln das Versagen von Leuchtuhren beobachtet werden. Diese Erscheinung beruht nicht auf langsamer Anpassung des Auges an die Dunkelheit, sondern auf tatsächlichem Erlöschen der Phosphoreszenz. Verschiedene Forscher vertreten die Auffassung, dass es die dem Auge verborgenen ultraroten Strahlen sind, die in Tunneln in starkem Masse auftreten und die Leuchtkraft der Phosphore wirksam dämpfen. Durch praktische Versuche konnte diese das Phosphoreszieren verhindernde Eigenschaft der roten und ultraroten Strahlen schon mehrfach nachgewiesen werden.

---